

Wochenlohn 85 Pf., monatlich 3.60 Pf. im voraus zahlbar, Volkreuz 4.32 Pf. einschließlich 60 Pf. Volkreuzpaar- und 72 Pf. Postbefreiungsbüchern. Auslandabonnement 6.- Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschmuck 5.- Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner: „Frauenstimme“, „Tendenz“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kennzeichnung 80 Pf. Reichsweite 5.- Pf. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pf. unvollständig zwei gedruckte Wörter, jedes weitere Wort 12 Pf. Absatz 1. Teil, Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Wörter, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Uebersetzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verl.-Dr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. Disc.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 65/62.

Aufmarsch für den Sozialismus

Machtvolle Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft

Der Hieb ist die beste Parade! Dieser Lehrsatz aus den alten Kriegsspielen hat auch für die anders gearteten politischen Kämpfe der Gegenwart seine volle Gültigkeit. Die rüden Methoden der Hafenkreuzer wie die eisenschnurige Verlogenheit der Moskajünger haben die sozialdemokratische Bewegung lange genug berannt. Die Sozialdemokratie geht wieder zum Angriff über, sie denkt nicht daran, das Kampffeld den Hasardeuren und Falschspielern zu überlassen.

Nachdem durch die eiserne Disziplin der sozialdemokratischen Wähler der Volksbetrug abgeschlagen wurde, der mit dem sogenannten Volksentscheid gegen Preußen beabsichtigt war, mögen andere vom Burgfrieden träumen. Die Sozialdemokratie ist sich ihrer historischen Mission bewußt, der deutschen Arbeiterklasse auf demokratischen Wegen den Sozialismus zu erkämpfen. Kein Bürgerkriegsgeschrei, keine organisierte Gewaltanwendung kann sie von dem rechten Wege abbringen. Sie ruft die Massen, sie zeigt ihnen, daß nur bewußtes und einheitliches Wollen, nur bewußtes und einheitliches Handeln sie vorwärts führen kann.

In diesem Zeichen stand auch die gewaltige Massenkundgebung, die gestern abend von der Berliner Sozialdemokratie im Riesensaal des Sportpalastes veranstaltet wurde. Zehntausende waren dem Rufe gefolgt. Tausende warteten draußen, da kein Eintritt mehr möglich war. Die Versammlung wurde zu einer begeistertsten Vertrauenskundgebung für den meistbefehdeten Führer der Preußenregierung, Otto Braun, und für den Führer der Sozialdemokratie Otto Wels. Sie war ein rauschendes Bekenntnis für die planvolle Arbeit der Sozialdemokratie, ein Bekenntnis zum Kampf für den Frieden, für Demokratie und Sozialismus! Sie war der Beginn des Kampfes um Preußen!

Der Beginn der Kundgebung war auf 20 Uhr festgesetzt. Schon um 17½ Uhr standen Hunderte vor dem Sportpalast an, um Einlaß zu finden. Von 18 Uhr ab füllte sich der weite Raum, und immer neue Massen strömten mit der Straßenbahn, dem Omnibus und der Untergrundbahn herbei. So war schon um 20 Uhr der Sportpalast überfüllt. Als dann pünktlich um 20 Uhr der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, vorfuhr, brach ein Jubel aus, wie ihn das Haus noch nicht erlebt hat. Tausende fanden keinen Einlaß, aber sie harreten geduldig aus, um durch den Lautsprecher die Reden der beiden sozialdemokratischen Führer zu hören.

Eine Reichsbannerkapelle spielt die Kampflieder der Republik. Beim Einmarsch der Fahnen erhebt sich die Versammlung, um die Banner der Partei mit stürmischem Beifall zu begrüßen. Der Chor der Sozialistischen Arbeiter-Jugend singt begeistert „Wir sind die Junge Garde des Proletariats“ und „Jung Volk, Kameraden“. Theo Maret rezitiert hinreichend Karl Brögers „Die Freiheit spricht“. Dann nimmt der Berliner Parteivorstand

Franz Künstler

zur Eröffnungssprache das Wort:

„Am vergangenen Sonntag hat der faschistisch-kommunistische Block eine schwere Schlappe erlitten. Für die Sozialdemokratie gibt es aber auch nach dem Volksentscheid keine Ruhepause. Unser Angriff muß weiter vorgetragen werden. Wir sehen uns das Ziel: Faschisten und Kommunisten müssen aus der deutschen Republik als politische Faktoren verschwinden. Die Sozialdemokraten und alle überzeugten Republikaner müssen den Erfolg vom 9. August für die Republik und die Arbeiterschaft zu einem Endklick über die Konterrevolution und ihre kommunistischen Helfershelfer gestalten. Man soll sich ernstlich einmal die Frage vorlegen, wie lange Hitler in Deutschland noch sein Unwesen treiben soll. Vielleicht ist es angebracht, daß bei einer zweiten Vertreibung des Zeppelins der deutsche Faschistenherrscher mit seinem italienischen Stabschef Röhm auf Franz-Josephs-Land oder einem anderen noch unerforschten Gebiete im den Nordpol hemm ausgelegt

wird. (Heitere Zustimmung.) Die kommunistische Zentralkommission ist der Judas Ischariot an der deutschen Arbeiterklasse. Den kommunistischen Arbeitern muß unsere ganze Aufmerksamkeit gewidmet sein, auf daß sie erkennen: nur durch die Sozialdemokratie sind Erfolg und Aufstieg der Arbeiterklasse gewährleistet. Den verantwortlichen Männern im Reich aber sei gesagt: Den berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse, die arbeitslos und hungernd ein so hervorragendes Beispiel von Selbstdisziplin und politischer Verantwortung gegeben hat, darf man nicht länger Widerstand entgegensetzen. (Begeisterte Zustimmung.) Wir geloben, alles daran zu setzen, daß im neuen preussischen Landtag die Sozialdemokratie stärker und mächtiger einziehen wird als zuvor. Das ist unser Gelöbnis und unser Dank.“

Dann nimmt, wiederum mit anhaltendem Beifall empfangen

Otto Braun

das Wort. Er dankt zunächst allen sozialdemokratischen Funktionären und Parteimitgliedern für die heroische Arbeit, die sie in den letzten Wochen im Kampfe gegen die Reaktion geleistet haben. Diese Arbeit diente nicht nur Preußen, sondern dem ganzen Reich. Ihm mußte eine weitere ruhige republikanische Entwicklung gesichert werden. Ich soll hier über den Volksentscheid sprechen. Es ist schwer über eine Sache zu sprechen, die gewesen ist. Von dieser Stelle aus habe ich am 14. April gesagt, daß der Volksentscheid eine verlorene Sache sei. Ich bin sonst kein Freund von politischen Prophezeiungen, diesmal aber habe ich recht gehabt. Nachdem beim Volksbegehren unter Druck und Erpressung, namentlich im östlichen Preußen, knappe 6 Millionen Stimmen in 14 Tagen erreicht worden waren, war die Hoffnung gering, zum Volksentscheid weitere 7 bis 8 Millionen Stimmen zu erlangen. Es war verständlich, daß der Gedanke erwogen wurde, an die preussische Regierung mit einem Kompromiß heranzutreten: wir sollten den Landtag im September oder Oktober auflösen, dann würde man auf den Volksentscheid verzichten. Offiziell ist diese Anregung nicht an mich herangetreten, aber die Antwort, die ich an Kreise, die sie mir übermittelten, gab, hat wohl die Luft vertrieben, der Sache weiter nachzugehen.

Für die preussische Regierung bestand keinerlei Veranlassung, auf den Volksentscheid durch ein Kompromiß zu verzichten.

So standen die Dinge für die Volksentscheider. Da kam als Retter in der Not der Reitergeneral à la suite der russischen Armee, Thälmann, und nun hoffte man auf einen positiven Erfolg des Volksentscheides. Im „Lokal-Anzeiger“ verkündete man: „Der Landtag wird aufgelöst werden.“ Wir kennen den Ausgang des heroischen Kampfes dieser seltenen Bundesgenossen, sie glaubten an eine fortgehende stürmische Entwicklung nach rechts und links. Diese stürmische Entwicklung zu den Radikalen ist aber nicht mehr vor, sondern rückwärts gegangen. Als man dann die Bescherung sah, suchte man nach den Gründen des Mißerfolges, und man sprach von einer beispiellosen Einwirkung der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung hat sich, wie immer bei Wahlbewegungen, sehr zurückgehalten, obwohl der Volksentscheid keine eigentliche Wahl, sondern ein Mißtrauensantrag ist, der durch die Wähler ausgetragen wird.

Wie im Parlament, so hat auch gegenüber dem Volk die Regierung das Recht, sich zu wehren. Sie hat das mit ihrer Kundgebung, die auf Grund der Pressenotverordnung veröffentlicht wurde, getan. Aus den weitesten Volkskreisen sind an die preussische Regierung Anregungen und Anfragen gebracht worden: Wie steht

Flugzeug auf der Wohnlaube.

Eine Frau schwer verletzt.

In der Trippsteinstraße in Landwirth ist gestern abend ein Flugzeug der Lusthansa bei Notlandung auf einer Wohnlaube abgestürzt. Eine Frau in der Wohnlaube wurde schwer verletzt und nach dem Krankenhaus Landwirth gebracht. Die Insassen des Flugzeugs wurden nicht verletzt. Zur Zeit weist die Polizei an der Unfallstelle.

Laval telephoniert mit Brüning.

Der Besuch verschoben. — Briand noch immer krank.

Paris, 14. August.

Ministerpräsident Laval hat sich heute abend telephonisch mit Reichskanzler Dr. Brüning in Verbindung gesetzt. Er hat ihm nochmals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, wie zuvor dem deutschen Botschafter v. Hoersch, sich wegen des Gesundheitszustandes des Außenministers Briand nicht zum ursprünglich vorgesehenen Datum nach Berlin begeben zu können. Er hat hinzugefügt, daß er nach wie vor den dringenden Wunsch habe, die in Paris im vorigen Monat eingeleiteten Besprechungen sobald wie möglich wieder aufzunehmen.

Paris, 14. August.

Ministerpräsident Laval hat das folgende mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch vereinbarte Kommuniqué der Presse übergeben:

Man weiß, daß Ministerpräsident Laval gestern den Besuch des deutschen Botschafters von Hoersch empfangen hat, der ihn sowohl wie Außenminister Briand im Auftrage der deutschen Regierung offiziell eingeladen hatte, nach Berlin zu kommen. Das für die Reise vorgeschlagene Datum war der 26. und 27. August. Ministerpräsident Laval, der Herrn v. Hoersch für die Einladung dankte und sie annahm, hatte ihm gesagt, daß er, soweit es das Datum angehe, keine endgültige Entscheidung treffen könne, weil Außenminister Briand gegenwärtig nicht in Paris sei.

Der Ministerpräsident hat heute nachmittag von neuem Herrn v. Hoersch empfangen. Er hat ihm mitgeteilt, daß die Ärzte, Prof. Baquoz und Dr. Marg, die beauftragt worden waren, sich über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand auszusprechen, zwar mit der lebhaftesten Befriedigung die Fortschritte festgestellt hätten, die jeder Tag zur vollständigen Wieder-

herstellung des Außenministers bringe, sie haben jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung in der Rubetur auf dem Lande nicht gestatten könnten, die ihm für einen Monat verordnet sei, und deren Nutzen nach einer so kurzen Frist durch die Anstrengungen einer offiziellen Reise nach Berlin aufgehoben werden könnte.

Unter diesen Umständen sind Ministerpräsident Laval und Botschafter v. Hoersch, in der Erwägung, daß die Teilnahme des Außenministers Briand bei diesem Besuch unerlässlich sei, sich darüber einig, daß die Reise der französischen Minister nach Berlin auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkerverbundtagung liegt.

Zwei Monate Schlaflosigkeit.

Paris, 14. August. (Eigenbericht.)

Der ärztliche Untersuchungsbesuch Briands kann zwar überraschend erscheinen, zumal in den letzten Tagen mitgeteilt worden war, daß Briand fast wieder vollkommen auf dem Posten sei. Tatsächlich aber scheint dieses Allgemeinbefinden des Außenministers doch noch nicht so gefestigt zu sein, daß Briand sich schon größere Anstrengungen zumuten darf. Nach der Londoner Konferenz hat der Außenminister einen völligen Zusammenbruch erlitten, der auf eine zwei Monate lange Schlaflosigkeit zurückzuführen ist. Die Nächte hindurch lag er lebend im Bett; erst in den Morgenstunden konnte er bisweilen einen kurzen Schlaf finden. Wohl aber mußte sich Briand aber Ende Juli den Anordnungen der Ärzte fügen und sich zu einem längeren Erholungsurlaub auf sein Landgut begeben. Dort trat nach kurzer Zeit eine merkliche Besserung ein, die aber nach der Ansicht der Ärzte einen Rückschlag noch nicht ausschließt, zumal wenn die Erholung unterbrochen wird. Unter diesen Umständen ist es auch fraglich, ob Briand zu der Tagung des Völkerverbundes nach Genf fährt. Es ist möglich, daß er nur an der Vollversammlung des Völkerverbundes teilnehmen wird, die am 7. September beginnt.

Ihr zum Volksentscheid, warum wehrt ihr euch nicht? Die Wähler-schaft hat ein Anrecht zu wissen, wie die Regierung steht. In jenen Kreisen, in denen nur reaktionäre Blätter gelesen werden, wie in einem Teil des preussischen Ostens, mußte bekannt werden, wie die Regierung steht. Heute spricht man von einer ungeheuren Wahlbeeinflussung, die deutschnationale „Schlesische Zeitung“ hat aber nach dem Aufruf geschrieben, daß man der Staatsregierung Dank wissen müsse, da nach diesem Aufruf am Erfolg des Volksentscheides nicht mehr gezweifelt werden könne. Und die „Rote Fahne“ hat den Aufruf für den Erfolg des Volksentscheides unbestreitbar genannt. Ich stehe seit 40 Jahren im politischen Leben und ich habe die Wirkung des Aufrufes für die Menschen, die nur ihr Kreisblatt, ihr deutschnationales Wurstblatt lesen, richtig eingeschätzt. Der Erfolg hat mir recht gegeben.

Jetzt ist die Notverordnung geändert worden. Es ist hier nicht Ort und Zeit, auf die Vorgeschichte einzugehen. Das wird noch geschehen. Aber der Umstand, daß der Herr Reichspräsident Ehrenmitglied des Stahlhelms ist, verpflichtet mich und die Staatsregierung nicht, uns vom Stahlhelm und seinen Bundesgenossen, von den Anhängern Moskaus bis zum Braunen Hause, beleidigen zu lassen. (Stürmische Zustimmung.)

In dieser meiner Ansicht können mich auch journalistische Gouvernanten demokratischer Blätter nicht beirren. (Erneuter anhaltender Beifall.)

Jetzt ist im gegnerischen Lager der Streit ausgebrochen. Wer der Beschlagene ist. Herr Dingeldey, dieser sonderbare Führer der Volkspartei, will vom Volksentscheid nichts mehr wissen. Das ist erklärlich. Die Kommunisten sagen: wir hatten alle Stimmen. Die Nazis sagen das gleiche. Einer ihrer Führer hat erklärt, daß die Kommunisten schaurig versagt hätten, wie das bei fittlich verkommenen Schweinen nicht anders zu erwarten war. Alle außer den Nazis hätten sich geschlagen wie die Säue und seien ausgerissen wie Schafleder.

Geht es gut, verträgt man sich, geht es schlecht, dann beschimpft man sich. Aber so wie diese rauhen Kämpfer braucht man nicht zu reden.

Wie ich schon am 14. April ausführte: das Volksbegehren war ein Vorpostengefecht. Der Volksentscheid war ein erstes schweres Gefecht, das wir bestanden haben. Jetzt dürfen wir die Pflicht nicht vergessen, selbst zum Angriff überzugehen. In diesem Augenblick ertönt das Wort vom Burgfrieden. Der Feind hat die Burg nicht erobert und glaubt jetzt mit diesem Trick von hinten herum mit der Maske des Friedens in die Burg einzuziehen. Wir werden darauf nicht hereinfallen. Im Gegenteil, wir werden den Kampf weiter vorwärts treiben und bei der Landtagswahl den Gegnern die Barbe vom Gesicht reißen. Große Ansprüche werden an die Einsicht der Wähler gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß sie nicht Spielball reaktionärer Kräfte werden. Die Republik wird die Grundlage sein, auf der wir Sozialdemokraten zu einer Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse gelangen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Ein ausständischer Parteifreund überreicht dem Genossen Braun einen Strauß roter Ketten. Als Braun den Sportpalast verläßt, ist er wiederum Gegenstand einer begeisterten Rundgebung.

Dann nimmt das Wort der Parteivorstände

Otto Wels:

„Am 1. August hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie zugerufen: Schafft uns die Mehrheit, gebt uns die Macht! Am 9. August ist die erste Antwort gekommen. Den vereinigten Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten ist eine deutliche Abgabe erteilt worden. Aber diese Antwort ist nicht positiv genug. Die Niederlage der vereinigten Reaktion von rechts und links ist noch kein Sieg der Sozialdemokratie. Der Sinn unseres Appells „Schafft uns die Mehrheit“ liegt in der Linie unseres Führers Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“. Einigt euch im Willen zum Sieg für eure Forderungen, denn ihr seid ohnmächtig, wenn einer gegen den anderen steht. Das haben wir beim Volksentscheid erlebt. Die Schamröte ist mir ins Gesicht gestiegen, als ich vor den Wahllosen kommunistische Arbeiter neben Halenkreuzbanditen stehen sah. (Zustimmung). Wir haben für diese Arbeiter nicht Berachtung, sondern tiefes Mitleid, weil sie zu

Helfershelfern der härtesten Reaktion

geworden sind. Es ist nicht das erstemal, daß die kommunistische Leitung ihre Anhänger hierzu herabgewürdigt hat. Seit ihrem Bestehen ist die Tätigkeit der kommunistischen Zentrale auf die Schwächung der Stohkraft der Arbeiterklasse gerichtet gewesen. Als Mehrheitssozialisten und Unabhängige 1918 zusammenarbeiteten, da proklamierten die Spartakisten, die späteren Kommunisten, den Bürgerkrieg. Sie erschredeten den Spießer und verhinderten eine proletarische Mehrheit in der Nationalversammlung. Als der grandiose revolutionäre Generalstreik der Rapp-Putsch niederschlug, erklärten die Kommunisten, es sei gleich, ob Ebert oder Lüttich regiere. Erinnert euch der Plakate der Rapp-Regierung, daß Streikposten erschossen werden sollen. Die kommunistische Parteileitung ist jetzt beim Volksentscheid Bundesgenosse dieser Falschisten gewesen. Nach dem mitteleuropäischen Aufstand, der unendlich viel Arbeiter ins Unglück und in Zuchthaus brachte, wimmerten die Kommunisten mit dem Fürstentümerverteiler Goering zusammen um Amnestie. Man merkte nichts vom Geist des alten Heckerliedes: „Der hat steife Arie.“ Herr Goebbels hat in diesem Sportpalast erklärt, daß die Nationalsozialisten ihre Gegner höflichst zum Galgen begleiten würden, an dem sie trotz aller Höflichkeit aufgehängt werden würden. Die kommunistischen Führer haben bei ihnen durch ihre Teilnahme am Volksentscheid um gut Weiter gebeten!

Wir aber müssen die kommunistischen Arbeiter über diese Führerclique aufklären. Wir Sozialdemokraten hätten die Mehrheit, wenn klare Erkenntnisse sich durchsetzten. Das Bürgertum sieht wie 1918 und 1923 am Rande des Abgrundes.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist moralisch geschlagen, das Volk will etwas Neues und die Sozialdemokratie zeigt den Weg. Die Arbeiterklasse fordert ihren Platz. Aber wir Sozialdemokraten wollen nicht den Weg der Gewalt, weil wir wissen, daß er Jahrzehnte graufigen Schreckens brachte. Wir wollen den demokratischen Weg der Erziehung und Aufklärung. Wir wissen, daß, wenn wir anders handelten, die Arbeiterbewegung zuerst unter den Trümmern begraben würde. Wir lehnen die politischen Wunderdoktoren, die Charlatane und Kurpfuscher rechts und links ab. Nicht ohne Grund hat der Nationalsozialismus bei Diskussionen darüber, was wirtschaftlich sein Ziel ist, so kluglich und jammervoll abgeschnitten. Man sagt, wenn der große Adolfs zur Macht kommt, dann wird alles von alleine gehen.

Wir glauben nicht an Wunder, wir glauben nur an das Wunder in uns selbst, an unsere Kräfte und unser Willen.

Nach dem 14. September sind Milliarden Mark aus Deutschland abgezogen worden. Denkt an die Regierung Hermann Müller, durch die die ausgeperrten Proletariat am Rhein durch das Reichs-

ministerium und die preussische Regierung unterstützt werden konnten. Denkt daran, daß diese Regierung gestürzt wurde, weil ihre sozialdemokratischen Mitglieder für die Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse kämpften. Denkt daran, ihr Parteigenossen, ihr Gewerkschafter, ihr Sportler, ihr republikanischen Kampforganisationen, die in einheitlicher Front stehen! Man spricht von marxistischer Wirtschaft. Ist der Fall der Danobank und der Bahusen, der Geldgeber des Braunen Hauses, eine Folge marxistischer Wirtschaft? Aus dem Hunger ihrer Arbeiter zogen die Bahusen ihre Millionen. Ihre Pastoren fogten den Arbeitern, sie sollten nicht Schätze sammeln, die der Rost und die Motten fressen. Eine Frau Bahusen erklärte, daß sie, ehe sie streikenden Arbeitern Lohnerhöhung bewillige, lieber ihren Pferden die Hufe vergolden ließe. (Hui-Rufe.)

Jetzt, wo die Privatwirtschaft versagt hat, soll das Reich in die Bresche springen. Die Maßnahmen der Reichsregierung sind uns zum Teil unverständlich. Wir verlangen, daß die Kontrolle bestehen bleibt und das Reich von dem, was sie jetzt überwacht, nie wieder die Hand löst. Wir fragen: wie sichert sich das Reich, wenn es für die Einlagen bei der Danobank gerade steht? Hält sie sich an die Schuldner? Herr Hugenberg hat 30 Millionen Schulden bei der Danobank. Wir verlangen, daß diese Schulden scheinunglos abgeglichen werden. Herr Hugenberg gewann sein Vermögen zurzeit des Kaiserreiches und durch die Inflation. Es ist grotesk, daß in der

Dresdener Bank, in der Danobank und auch in der Reichsbank noch immer die gleichen Leute sitzen, die das Unheil herbeigeführt haben. (Anhaltende lebhafteste Zustimmung.) Wir verlangen eine Weiterbildung. Die Industriellen haben eine angebliche Sicherheit geleistet, die in Wirklichkeit für sie ein gutes Geschäft ist. Sie geben keinen Pfennig, das Geld wird ihnen vom Reiche vorgestreckt. Sie nehmen noch Zinsen ein und müssen es erst nach fünf Jahren zurückzahlen. Die Arbeiter, die Sparrer, die Mittelständler haben ein Recht zum Einspruch gegen eine solche Wirtschaft.

Unsere Augen richten sich auch auf die Abrüstungskonferenz, der unser Freund Arthur Henderson vorsteht. Unser französischer Genosse Blum hat in Wien mit aller Deutlichkeit gesagt, daß der Giftstoff internationaler Feindschaft und internationalen Mißtrauens endlich beseitigt werden muß. Der Weg hierzu führt über den Sozialismus. Wir glauben an die Solidarität. Ich rufe nicht mehr: Wo bleibt der zweite Mann!, sondern wo bleibt der dritte, vierte, fünfte und sechste Mann? Es lebe der Kampf, der Sieg, der Sozialismus, der Friede! (Stürmischer Beifall.)

Wieder singt die Jugend, wieder spielt das Reichsbanner. In seinem Schlußwort weist Franz Künstler unter stürmischer Zustimmung darauf hin, daß die Botchaft der Berliner Sozialdemokratie an Bava und Briand bei ihrem Besuch in Berlin eine Botchaft des Friedens sein wird.

Es brennt in den Gemeinden!

Unter Strafandrohung diktiert Lohnabbau.

Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands hat seine Drohung wahr gemacht. Durch ein Rundschreiben vom 13. August fordert er von den angeschlossenen Bezirksverbänden und Mitgliedstädten die vorläufige Durchführung des § 7 Absatz 4 des zweiten Teiles der Notverordnung vom 5. Juni. Ab Lohnwoche Mitte August sollen die Löhne sämtlicher Gemeindearbeiter und Straßenbahner bis zu 9 Pfg. pro Stunde gekürzt werden. Neu einstellende Arbeiter sollen nur noch nach den noch wesentlich niedrigeren Löhnen der Reichsarbeiter entlohnt werden. Die Löhne der Fürsorgearbeiter, die bisher nach den Lohnstarifen der Gemeindearbeiter bezahlt wurden, sollen ab Lohnwoche Mitte August auf die Lohnsätze der Reichsarbeiter herabgesetzt werden.

Im Rundschreiben an die angeschlossenen Bezirksverbände wird um schleunigste Durchführung der Beschlüsse ersucht. Die Mitgliedstädte, die sich weigern, die Beschlüsse durchzuführen, sollen in Verbandsstrafe genommen werden.

Der Gesamtverband hat demgegenüber alle Maßnahmen ergriffen, um diesem Vorgehen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Anordnungen des Arbeitgeberverbandes gehen zum Teil über die durch die Notverordnung gezogenen Grenzen hinaus. So werden u. a. auch die Sozialzulagen in die Angleichungen hineingezogen. In den Anweisungen des Gesamtverbandes an seine Bezirke und Ortsverwaltungen fordert der Gesamtverband angeichts der schweren Situation strengste Disziplin.

Damit ist der Konflikt, der durch die Finanzpolitik des Reiches geschaffen wurde, in ein akutes Stadium getreten. Man hat die Reichsanstalt sanziert, indem man die Bezugsberechtigung der Arbeitslosen abgebaut und damit die Arbeitslosen der Wahlfahrtsfürsorge der Gemeinden überwiesen hat. Man „haß“ den Gemeinden, indem man ihnen den Abbau der Löhne und Gehälter vorschrieb.

Freilich wird, selbst wenn der Lohnabbau durchgeführt wird, die Finanznot der Gemeinden damit nicht behoben. Selbst wenn, wie angenommen wird, die Gemeinden durch den Abbau der Löhne und Gehälter insgesamt 100 Millionen im Jahr ersparen, und dies dürfte sehr hoch gegriffen sein, so bliebe immer noch ein Defizit von annähernd 700 Millionen. Gehebert ist rein finanziell damit so gut wie nichts; jedoch auf der anderen Seite wird es zu den

schwersten Konflikten kommen, deren Folge sozial und politisch ungleich schwerer wiegt als das finanzielle Ergebnis.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Gesamtverband sich vergebens beim Reichsarbeitsminister bemüht hat, eine Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Der Reichsarbeitsminister scheint nun die Verantwortung für den Konflikt etwas schwer zu finden, denn in verschiedenen Blättern wird mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister seine Bemühungen keineswegs als beendet betrachte. Die Frage ist nur, welche Taktik die klügere und erfolgreichere ist: abzuwarten bis es brennt, um dann mit der Feuerpritze anzurufen, oder einen Brand von vornherein zu verhindern. Der Reichsarbeitsminister kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß es morgen schon in den Gemeinden brennen wird.

Je mehr Nazis, um so mehr Not.

Das Eingeständnis eines nationalsozialistischen Anwalts.

In Kassel ist vor einiger Zeit eine Genossenschaft verkracht, deren leitender Mann der deutschnationale Rechtsanwalt Brill war. Dieser Rechtsanwalt, der Vorkämpfer der Deutschnationalen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, war und ist der gehässigste Gegner der Sozialdemokratie; er hat sich in den ersten Jahren nach dem Umsturz in Reden und Zeitungsartikeln über die „korrupte“ S.P.D. gar nicht genug austoben können. Jetzt machen ihn die zahlreichen Opfer der Genossenschaft für ihr Unglück verantwortlich. Das Gericht hat ihnen bereits weitgehend recht gegeben, so daß Brill auch persönlich mit seinem großen Privatvermögen herangezogen werden soll. Daß der Rechtsanwalt Freister in Kassel, von dem Brill sich kaum unterscheidet, jetzt die Genossenschaftsopfer gegen Brill vertritt und mit den heftigsten Vorwürfen nicht zurückhält, ist äußerst pikant. Der Deutschnationale Brill sucht sich dem Nazi gegenüber wie folgt zu rechtfertigen:

„Er sei mit besser Aussicht auf Erfolg bemüht gewesen, mit Hilfe eines holländischen Konsortiums die Genossenschaft zu retten, aber — das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September habe die Holländer abgeschreckt; man habe sich nicht mehr getraut, Gelder nach Deutschland zu geben. So sei die Darlehensaufnahme unmöglich geworden.“

Je mehr Nazis, um so mehr Not und Bankrotte, das bezeugt nun auch der Hugenberg's Brill!

Die Bankenkontrolle.

Vorberatung unter Hinzuziehung von Sachverständigen.

Der Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung, mit Beteiligung der Reichsbank, wird in der nächsten Woche unter Hinzuziehung eines kleinsten Kreises von Sachverständigen aus der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft die Entscheidung der Fragen vorbereiten, die sich in Verfolg der von der Reichsregierung für die Darmstädter und Nationalbank sowie für die Dresdener Bank ergriffenen Maßnahmen ergeben, einschließlic der Frage einer Aufsicht über das deutsche Bankgewerbe.

Die Thüringer Sparkassen.

Staatsbürgerschaft für einen Reichstredit an die thüringischen Sparkassen.

Weimar, 14. August.

Auf Ersuchen der Staatsregierung trat gestern der Haushaltsausschuß des thüringischen Landtags zusammen und nahm mit den Stimmen aller Parteien bei Enthaltung der Kommunisten den Antrag an, eine Bürgschaft in Höhe von 12 Millionen für einen Kredit des Reiches an die Sparkassen des Landes Thüringen zu übernehmen. Die thüringische Staatsbank wünscht, vorläufig nicht in den Kredit einbezogen zu werden, doch hat die Regierung vorsorglich die Staatsbank mit berücksichtigt. Die Verteilung des Kredites erfolgt durch die Mitteldeutsche Landesbank unter Kontrolle des thüringischen Finanzministeriums. Die Regierung wird die Bürgschaftserklärung sofort abgeben, damit die thüringischen Sparkassen schon in den nächsten Tagen in den Besitz der 12 Millionen kommen.

Steuern zahlen!

Die Verzugszinsen sind in Kraft.

Das Reichsfinanzministerium erinnert nochmals daran, daß es wegen der hohen Zuschläge im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen liegt, ihre Steuern pünktlich zu bezahlen. Steuerbeiträge, die in der ersten Augusthälfte fällig geworden sind (dazu gehört auch die Vermögenssteuer vom 15. August 1931), müssen spätestens bis zum Ablauf des 15. August 1931 gezahlt werden, da sonst für jeden halben Monat ein fünfprozentiger Verzugszuschlag

verwirkt wird. Für Steuerbeiträge, die schon vor dem 1. August 1931 fällig geworden und bis dahin nicht pünktlich bezahlt waren, war bereits für die erste Augusthälfte ein fünfprozentiger Zuschlag verwirkt. Werden diese Rückstände nun auch nicht vor dem Ablauf des 15. August 1931 bezahlt, so wird für die zweite Augusthälfte und für jeden weiteren halben Monat ein weiterer Zuschlag von je 5 Proz. verwirkt.

Stillhaltung für 1 Milliarden.

Die Baseler Verhandlungen.

Basel, 14. August.

Der Vereinigte Stillhalteauschuß, dessen Mitglieder telegraphisch nach Basel berufen worden waren, hat am Freitagvormittag in den Räumen der B.Z. seine erste große Aussprache gehabt, die dreieinhalb Stunden dauerte. Entgegen den ersten Meldungen nahmen die Mitglieder des Sachverständigenausschusses an diesen Besprechungen nicht teil. Auch die deutsche Stillhalteordnung ist den Verhandlungen ferngeblieben. Der Vereinigte Stillhalteauschuß hat die Aufgabe, nachdem bereits im einzelnen mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten Stillhalteabmachungen getroffen wurden, nunmehr für sämtliche Gläubiger Deutschlands eine gemeinsame Verlängerung der kurzfristigen Kredite zu vereinbaren. Als Verhandlungsgrundlage gilt der amerikanisch-englisch-deutsche Vorschlag, welcher eine Stabilisierung der Kredite auf sechs Monate vorsieht. Es sind Ausnahmen vorhanden, daß auch die anderen Gläubiger Deutschlands diesem Vorschlag notgedrungen schließlich zustimmen werden, die Bedingungen und Garantien allerdings, die man von Deutschland hierfür verlangt, bereiten gewisse Schwierigkeiten. Der Stillhalteauschuß hofft jedoch, noch im Laufe des Freitag zu einer gemeinsamen Gläubigerabmachung zu kommen. Diese wird dann der deutschen Stillhalteabordnung übermittelt werden.

Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, beläuft sich die gesamte deutsche kurzfristige Verschuldung auf 7 Milliarden Mark. Die deutschen Mitglieder des Stillhalteauschusses werden alsdann mit Dr. Reichler zusammen über die vorgelegten Bedingungen beraten. Ob ein Abschluß noch im Laufe dieser Woche möglich sein wird, richtet sich ganz nach den vorgelegten Bedingungen. Unter Umständen ist eine persönliche Rücksprache mit der Reichsregierung und Reichsbankleitung nötig.

Der Sachverständigenausschuß hat alsdann die Aufgabe, wenn ihm von Sir Layton der zusammenfassende Bericht über die Vereinbarungen des Stillhalteauschusses vorgelegt wird, als Vermittler aufzutreten und eventuell, falls keine Einigung möglich ist, einen Schiedspruch zu fällen.

Fünf Fahrten eine Mark

Aber Einzelfahrschein 25 Pf., Umsteigen 30 Pf.

Wie wir gestern abend kurz meldeten, hat der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsgesellschaft am Freitag folgende Aenderung der Fahrpreise beschlossen:

Es werden Sammelkarten für 5 Fahrten auf der Straßenbahn oder U-Bahn ohne Umsteigeberechtigung zum Preise von 1 Mark ausgegeben. Die Geltungsdauer ist unbeschränkt.

Die Einzelfahrt auf der Straßenbahn, der U-Bahn oder dem Omnibus kostet 25 Pf., der Umsteigefahrschein für Straßenbahn, U-Bahn und Omnibus 30 Pf.

Schülermonatskarten für die Straßenbahn kosten 6 M. (bisher 5 M.) und Schülermonatskarten für die U-Bahn ebenfalls 6 M. (bisher 6,50 M.).

Die Fahrpreise für den Schülerfahrschein und den Umsteigefahrschein zur Reichsbahn sowie die sonstigen Monatskartenpreise bleiben unverändert. Die neuen Fahrpreise treten am 1. September in Kraft.

Mit dieser Aenderung der Berliner Verkehrstariife beschäftigte sich gestern abend eine Konferenz der Berliner Presse, auf der Bürgermeister Dr. Elsas als Vorsitzender des Aufsichtsrats der BVG sprach und nach ihm Oberbaudirektor Jangemeister Dr. Elsas führte einleitend aus, daß schon bei der Beratung des diesjährigen Haushaltsvoranschlags der Stadt Berlin darauf hingewiesen wurde, daß auf Jahre hinaus die BVG. das Sorgenkind der Stadt Berlin sein wird. Dr. Elsas bekannte allerdings gestern abend mit Nachdruck, daß die feinerzeitige Vereinigung der drei Berliner Verkehrsunternehmen eine organisatorische Großtat war, und in der gleichen anerkennenden Weise sprach er sich über die Schaffung des Einheitsfahrscheins aus. Dieser Auspruch des Bürgermeisters war besonders anerkennenswert gegenüber den Anfeindungen, denen die Verkehrspolitik der Berliner Sozialdemokratie von bürgerlicher Seite ausgesetzt ist. Allerdings gerät das Prinzip des Einheitsfahrscheins in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs in Gefahr.

Der Rückgang des Verkehrs.

Was die Entwicklung im einzelnen anbelangt, so wirkt sich die Wirtschaftskrise in den Verkehrszahlen in vollem Umfange aus. Im Jahre 1929 betrug in den Monaten Januar bis Juni die Zahl der Fahrgäste rund 720 Millionen, 1930 rund 640 Millionen, 1931 aber nur noch 523 Millionen. Dementsprechend gestalteten sich die Einnahmen. Hinzu kommt, daß zum Zwecke des Ausbaus der U-Bahn von 1926 bis 1930 in den Unternehmungen der BVG. rund 350 Millionen Mark neu investiert worden sind. Unter diesen Umständen ergibt sich die Verpflichtung, daß die schienengebundenen Verkehrsmittel, insbesondere die U-Bahn, so wirtschaftlich wie möglich ausgenutzt werden.

Ueberhandnehmen der „Schmetterlinge“.

Mit der Neuregelung der Berliner Verkehrstariife soll vor allen Dingen ein Schlag gegen die „Schmetterlingsjäger“ und Schwarzfahrer geführt werden. Es muß leider gesagt werden, daß die Betrügereien mit den sogenannten „Schmetterlingen“ einen geradezu gefährlichen Umfang angenommen haben. Der Ausfall an Einnahmen, der der BVG. durch die Schwarzfahrer erwächst, ist naturgemäß schwer zu schätzen. Soweit sich die Personalvertretung der BVG. eine Uebersicht verschafft hat, kommt diese Stelle auf einen täglichen Einnahmeverlust von 10 000 M. durch die Schwarzfahrer. Ab 1. September wird das Umsteigen auf allen Berliner Verkehrsmitteln nunmehr 30 Pf. kosten, es wird sich also nur der-

jenige einen Umsteigefahrschein lösen, der auch tatsächlich umsteigen will. Zu der Frage der Schwarzfahrer bemerkte Oberbaudirektor Jangemeister noch, daß nach den bisherigen Verkehrserhebungen sich das Verhältnis der Umsteiger zu den Einzelfahrten wie 40 zu 60 verhält. In diesen 60 Prozent sind nach Jangemeisters Schätzung ungefähr 10 Prozent Schwarzfahrer enthalten. Das brauchen nicht immer etwa „Schmetterlingsjäger“ zu sein, sondern es sind auch Fahrgäste, die auf einen Straßenbahnfahrschein beispielsweise von Charlottenburg nach der City fahren, um Einkäufe zu machen, und dann mit der U-Bahn nach Charlottenburg zurückfahren. Denn die Sperre auf dem U-Bahnhof Potsdamer Platz kann bekanntlich nicht kontrollieren, ob jemand zum Spittelmarkt oder zum Zoo fährt. Da sich die Kontrollen gegen diesen Mißbrauch der Umsteigeberechtigung als unwirksam erwiesen haben, deutete Jangemeister gestern die Wiedereinführung der Ausgangssperre an.

Die unrentablen Monatskarten.

Auch die Monatskarten bereiten der BVG. viele Sorgen. Man sollte annehmen, daß die Monatskarteninhaber täglich durchschnittlich zwei Fahrten machen. Die Verkehrskontrollen haben aber erwiesen, daß durchschnittlich auf jede Monatskarte 80 Fahrten im Monat gemacht werden. Bei den Inhabern von Monatskarten für eine Straßenbahnlinie bringt jede Fahrt der BVG. 11,67 bei den Zweifertlinienkarten jede Fahrt 10,19 Pf., bei den Karten für alle Linien trotz des Preises von 30 M. nur noch 9,8 Pf. und die Schülerkarten gar nur 7,5 Pf. Demgegenüber muß jedoch die BVG. mit einem Selbstkostenbetrag von 13,31 Pf. für jede Fahrt rechnen.

Es ist nun die Forderung erhoben worden auf sofortige Wiedereinführung eines 10- oder 15-Pf.-Tarifs. Dies würde nach sorgfältigen Berechnungen einen Einnahmeverlust von 25 bis 30 Millionen Mark bedeuten, ist also wirtschaftlich untragbar, weder für die BVG. noch für die Stadt Berlin. Das schließt nicht aus, daß man auf Strecken mit einer riesigen Verkehrsdichte, wie zwischen dem Hermannplatz und dem Dönhofsplatz, wohl mit 15 Pf. auskommen könnte, aber die Dinge liegen so, daß die guten Linien die Zuschüsse der Außenlinien mitverdienen müssen. Man muß nun einmal auf die Stellungen in den Außenbezirken Rücksicht nehmen, es ist unmöglich, 20 Autobuslinien nach Gatow, Ralchow, Rüggeheim usw. einfach einzustellen, weil sie nicht rentabel sind.

Eine Zwischenlösung.

Um auf die Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Elsas zurückzukommen, so führte er noch aus, daß die gestern vom Aufsichtsrat der BVG. verabschiedete Regelung eine Zwischenlösung darstellt. Sie will den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen weiter Kreise der Bevölkerung Rechnung tragen, wie auch der Bereinigung von unrentablen gewordenen Erscheinungen dienen. So erhofft Oberbaudirektor Jangemeister von der Neuregelung nach ein Verschwinden der Bequemlichkeitsfahrer, die die Hauptstrecke bisher mit der U-Bahn zurücklegten und dann für zwei weitere Haltestellen mit der Straßenbahn weiterfahren. Man schätzt, daß sich rund 60 bis 70 Prozent aller Fahrgäste der BVG. in Zukunft des 5-Fahrscheinblocks bedienen werden, wo die einfache Fahrt 20 Pf. kosten wird. Das Schicksal der Zwischenlösung hängt davon ab, ob der durch den Ser-Brock zu erwartende Einnahmerückgang ausgeglichen wird durch einen entsprechenden Verkehrszuwachs.

Die 39. weltliche Volksschule Lichtenberg veranstaltet am Sonntag, dem 16. d. M., auf dem Ferienpielplatz Wuhlheide (Sadowa) ein Spiel- und Sportfest für jung und alt. Beginn der Wettkämpfe 13 Uhr. Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Alle Freunde der Schule und Parteigenossen sind herzlichst eingeladen.

Attentatsfieber.

Neue Anschläge auf Züge versucht. — Aufmerksamkeit verhinderte Unglücksfälle.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Erfurt teilt mit: Der Fern-D-Zug 3 Basel—Berlin wurde am Freitag bei Kilometer 117 der Strecke Neudietendorf—Wischleben in Fahrtrichtung links von einem unbekanntem Täter beschossen. Das letzte Fenster im Durchgang des ersten Personenzugens zeigte zwei Kugelschläge. Der Streifenbedienst der Reichsbahndirektion Erfurt sowie die Kriminalpolizei Erfurt und Gotha sind benachrichtigt.

Berlin, 14. August.

Der Zug traf fahrplanmäßig um 13.43 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein, wo der beschossene Wagen, wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion mitteilt, sofort plombiert und nach Erfurt zurückgeführt wurde zwecks genauer Untersuchung durch die dortigen Kriminalbehörden. Die Kugeln, die nach Durchschlagung eines Fensters in der Wand des Durchganges stecken geblieben sind, wurden noch nicht entfernt. Glücklicherweise konnten die Geschosse keinen Schaden anrichten. In dem beschädigten Wagen befand sich der Reichsbahndirektor Carus von der Reichsbahndirektion Dresden, der Zeuge des Vorfalles war. Der Streifenbedienst und die Kriminalpolizei von Erfurt und Gotha nahmen sofort die Ermittlungen auf, konnten jedoch bisher keine greifbaren Anhaltspunkte für die Täterschaft finden. Die Schüsse wurden vermutlich aus einem in der Nähe des Bahndamms befindlichen Gebüsch abgegeben.

Eine Barrikade auf den Gleisen.

Hamburg, 14. August.

In der Nacht zum Donnerstag wurde beim Dammtorbahnhof auf dem Altonaer Ferngleis von unbekanntem Täter eine Barrikade errichtet, und zwar waren mehrere zusammengebundene Planken auf die Schienen gelegt und mit einem Stein beschwert worden. Durch Aufmerksamkeit des Führers eines Güterzuges, der die Stelle bald darauf passierte, konnte größerer Schaden vermieden werden. Nur die Lokomotive wurde leicht beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Als Täter kommen drei Männer in Frage, die durch die Flucht entkommen sind.

Die Reichsbahndirektion Altona teilt folgendes mit: Ein grober Unfug von frevelhaftem Reichtum wurde in der Nacht zum 13. dieses Monats beim Dammtorbahnhof dadurch begangen, daß unbekannte Personen eine außerhalb der Bahnhofshalle auf dem Fernbahnsteig stehende Bank sowie drei Schottengitter, die aus dem Botanischen Garten entwendet worden waren, auf die Schienen des Ferngleises Altona—Hamburg legten.

Geplanter Ueberfall auf Straßenbahnzug.

Frankfurt a. Main, 14. August.

Am Donnerstagabend gegen elf Uhr blieben die auf der Strecke Frankfurt—Bad Homburg verkehrenden Straßenbahnzüge auf freiem Felde liegen, da der Strom der 1000-Volt-Leitung plötzlich verlag. Zwischen Oberleitungs- und Unterleitungsbus war die Stromzuführung zerstört und die an einem Mast angebrachte Geräteklange etwa 20 Meter weit ins Feld geworfen worden. Die Fahrgäste konnten erst mit großer Verpöschung ihr Ziel erreichen. Nach Ansicht der zuständigen Stellen muß die Ausschaltung des Stromes von sachkundiger Hand vorgenommen worden sein, da sich ein Laie kaum an die gefährliche Hochspannungslinie heranwagen dürfte. Es dürfte sich entweder um einen Hakenstreich handeln oder um eine beabsichtigte Beraubung der Fahrgäste, die unterblieb, weil die Wagen des Zuges stark besetzt waren. Die Untersuchung ist im Gange.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Lange sitzt James in der Ecke einer stillen Weintneipe. Er trinkt wieder Chablis und bedeckt Notizbuchblätter mit Zahlen, mit langen, endlosen Zahlenreihen. 900 000 Mark ist der Kurswert der Aktien. Die Hälfte bezahlt er. Dreihundert bleibt unter allen Umständen ein sehr billiges Angebot. Na ja, einer braucht bares Geld, und man wirft nicht gern kostbare Papiere offen auf den Markt. Der Kurs könnte dabei an Leib und Seele Schaden nehmen. James ist sehr zufrieden. Das Geschäft verläuft viel.

Kurz vor zwölf hält er vor der Haustür. Er hat sich bei seinen Rechnereien verspätet. Nun, Manfred ist ein vernünftiger Mensch, er wird nicht übel nehmen.

Ein jäher Schreck durchzuckt ihn. Lieber Gott! Wilma! James bleibt angewurzelt auf der Treppe stehen. Er bewohnt die erste Etage. Wie konnte er nur die Verabredung vergessen.

An der Tür des Rauchzimmers tritt ihm Manfred Grunmacher entgegen. Er ist groß und schlank. Das volle, braune Haar trägt er tief und glatt in das dunkle Gesicht gescheitelt. Nichts erinnert in der Haltung an den Bühnensänger. Er wirkt eher wie ein intelligenter Kaufmann, der amerikanische Salkos bevorzugt. Ring umwehelt ihn.

„Ach, scheine ihm sympathisch zu sein.“ Manfreds Stimme klingt in der Unterhaltung gedämpft und überfahret. „Das würde ich ihm auch geraten haben, ich bin schon mit größeren Köthern fertig geworden. Ein Schlag auf die Nase, und der Herr zappelt nicht mehr.“ Er streift über den Kopf der Dogge, die jetzt nur noch für ihren Herrn Interesse hat.

„Ring stellt sich auf und legt die Pfoten auf Herrchens Schultern. Die Rute beschreibt weitgezogene Kreise in der Luft. Herrchen greift in die Falten des mustulösen Hundehalses und schlenkert Rings Kopf hin und her.

„Ring ist gewissermaßen das Symbol für mein Glück.“ „Glück und Glas.“ trällert Manfred vor sich hin. „Aber James, ich will dem guten Tier doch nichts Böses tun und noch viel weniger deinem Glück.“

„Er liebt nun einmal den Hund.“ Fränze schält sich aus Decken und richtet sich auf der Chaiselongue zu einer sitzenden Stellung auf, sinkt aber sofort mit einem unterdrückten Schmerzensruf zurück.

„Entschuldigt bitte, daß ich so spät komme. Geschäftliche Verhandlungen hielten mich ab.“ James gibt sich ein wichtiges Ansehen.

Der dunkelrot geschminkte Mund leuchtet in Fränzes eingefallenem, bleichem Gesicht. „Lieber, Manfred ist nicht böse, weil du seine Romerzählung nicht hörtest. Du warst ja in Geschäften abwesend.“

Dieser entsefliche Schmerz. Er zieht sich von unten herauf bis zum Herzen. Die kalten Hände trampfen sich um die Decken. Doch nur einen Augenblick. Warum sollen die anderen Zeugen eines albernem Leidens sein. James ist zurückgekehrt, er kann sich jetzt mit Manfred unterhalten. Im Schlafzimmer liegt das Morphium.

In den Worten schwingt die Ahnung einer Angst, eines Zweifels. Manfred empfindet intuitiv diese Dissonanz. „Fühlst du dich schlecht?“ James beugte sich über Fränze. „Rein, keineswegs, ich war nur müde und mich fro.“

Fränze seht vorsichtig die Füße auf den Teppich. Jede Bewegung verursacht einen stechenden Schmerz. „Ich werde jetzt zu Bett gehen.“

Auf dem Korridor allein ohne Zeugen, verläßt sie die Selbstbeherrschung. Fränze stöhnt auf und tastet sich an den Wänden zum Schlafzimmer entlang.

James geht nervös mit kurzen, zerhackten Schritten auf und ab. Ring mustert ihn scharf und knurrt hin und wieder unterdrückt.

„Du machst noch so spät am Abend Geschäftsabschlüsse?“ Manfred liegt zurückgeworfen im Klubsessel und trinkt Portwein. Er ist nicht beleidigt, daß sein Schwager beim dritten Akt durch Abwesenheit glänzte. Bewahre, er gehört nicht zu denjenigen Leuten, die glauben, sie seien das Zentrum der Welt. Doch auch ein vernünftiger Mann kann empfindlich werden, wenn er sich offensichtlich vernachlässigt glaubt. Acht Jahre hat ihn James nicht gehört. Oder sind es schon neun her? Damals in der Berliner Lindenoper, als Othello. Warum singt er denn überhaupt in dieser Provinzstadt, die ihm höchstens ein Viertel der üblichen Gage zahlt?

James bleibt vor ihm stehen. „Du hast recht, die Zeit ist ungewöhnlich.“ Er fährt sich mit der Hand über das Gesicht und bedeckt einen Augenblick

nachdenklich Mund und Nase. „Es ging leider nicht anders. Die Deda bot mir ein Aktienpaket an.“ In abgerissenen Sätzen schildert er den geschäftlichen Vorgang.

Manfred fesselt weniger die Tatsachen als die Haltung des Schwagers. Er versteht nicht die Erregung. Das Geschäft ist alltäglich und für einen Aktientourist ohne jede originelle Note.

„Bis morgen hättest du Zeit gehabt“, darin soll ein leiser Vorwurf liegen, eine kleine, verborgene Spitze, die nicht böseartig verwunden, sondern nur auf ihre Existenz aufmerksam machen will.

„Du irrst, ich mußte schnell handeln, sonst wäre ich morgen un schlüssig geworden. Bedenke die Chancen!“ James fängt an, vor Begeisterung zu glühen.

Manfred schüttelt den Kopf. „Aber, Bester, wie oft wirst du schon ähnliche Geschäfte abgeschlossen haben.“

„Rein, hab' ich nicht!“ James stellt mit scharfem Schlag das Weinglas auf den Rauchtisch. Mit einem klingenden Schrei bricht der Fuß ab. Keiner achtet darauf.

„Du hast bisher niemals in Aktien spekuliert?“ Manfred reißt vor Staunen Mund und Nase auf. Dann lacht er schallend los und springt aus dem Sessel.

„Berzeihe, das kommt mir so komisch vor. Ich als Sänger, als leitender Tristan spekuliere täglich, stündlich, taufe und verkaufe ständig Aktien und Immobilien, und was weiß ich, und du als Großkaufmann hältst dich mit aristokratischer Geistes von der Börse fern.“ Das Lachen schüttelt ihn.

„Aktien speculationen passen nicht für ein traditionstreues Geschäft!“ James spricht von hoher Warte aus.

Jetzt wird Manfred nervös und temperamentvoll. „Lieber James, mit deiner Tradition ist es doch nicht so weit her. Du stammst aus der Konfektion, in der Heinrich noch immer sitzt, wie er uns heute mittag erzählte, und hast von deinem kinderlosen Onkel den Getreidehandel übernommen. Du brauchst dich also nicht auf den royal merchant zu stilisieren.“

James macht ein gekränktes Gesicht. Am liebsten möchte er sich mit eisigem Schweigen umpanzern, aber es drängt ihn zum Reden, er will selbst Klarheit über sich gewinnen, und Klarheit findet er im Sprechen. Der royal merchant nagt an ihm, er verwundet ihn nicht so leicht, er verwundet überhaupt nicht leicht. Manfred kommt ihm mit einer Frage entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

In die Priegnitz.

Zur Karthäne.

Vom Lehrter Hauptbahnhof oder von der Stadtbahn (Spandau-Hauptbahnhof umsteigen) fahren wir mit dem Hamburger Zug bis Glöwen. Sonntagsfahrte bis Wilsnack lösen, 6,10 M. Vom Bahnhof wandern wir nördlich in das Dorf, ein ausgeprägtes Runddorf, das die

eigenartige Bauweise dieser Dörfer noch sehr gut erkennen läßt. Das Dorf war ursprünglich nur von der Westseite her zugänglich, wo jetzt die Chaussee vorüberführt. Die Straße zum Haltepunkt der Kleinbahn auf der Südseite von Glöwen ist erst in neuerer Zeit durchgebrochen worden. Wir folgen der Chaussee eine Viertelstunde nördlich weiter bis zu einer Windmühle. Hier zweigt halblinks der Weg nach Groß-Leppin ab. Durch hügeliges, teilweise bewaldetes Gelände kommen wir an dem Ausbau Stordbeckhof vorüber zu dem an der Karthäne gelegenen Dorf. Die Karthäne ist eins der zahlreichen Flüsschen, die die Hochfläche der Priegnitz entwässern. Sie entspringt in den Hügeln und Wäldern zwischen Krieh und Prißwoll und mündet bei Wittenberge in die Elbe. An der Westseite des Turms der aus Feldsteinen erbauten Kirche befinden sich zwei schöne Grabsteine aus Sandstein für einen früheren Besitzer des Dorfes (gestorben 1602) und seine Gattin.

Von der Westseite des Dorfes führt die Straße durch die von der Karthäne durchflossenen Wälder zum Beginn des Waldes. Nun bleiben wir entweder auf der Straße, die durch den Wald geht, oder wir folgen dem Pfad, der rechts ab, am Rande von Wald und Wiese entlangführt und schließlich wieder in die Straße einmündet. Wir haben die Plattenburg erreicht.

Die Plattenburg.

Im flachen Lande, inmitten weiter Wälder, liegt die Plattenburg, von der Karthäne in mehreren Armen umflossen, die gleichzeitig die Gräben zum Schutz der Burg bildeten. Die Plattenburg ist wahrscheinlich bereits im 13. Jahrhundert gegründet worden. Die Burg bestand aus einer Vorburg und einer Hochburg, die beide durch einen breiteren Graben getrennt waren. Die ehemalige Vorburg bildet den jetzigen Wirtschaftshof, der Graben ist zum größten Teil zugeschüttet worden. Um den Hof der Hochburg gruppieren sich die Gebäude und die Kapelle. An der linken Hofseite liegen die Wohngebäude, die ältesten Baulichkeiten der Burg. Von ihnen ist der „Bischofsflügel“ der eigentliche frühere Palast. Die Plattenburg gehörte bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts den Bischöfen von Havelberg, die hier mit Vorliebe residierten. In früherer Zeit bestand sich an der Nordwestseite ein starker, runder Turm, der die Burganlage vervollständigte. Er ist auf einer vermutlich aus dem 16. Jahrhundert stammenden Karte abgebildet. Jetzt befindet sich an der Stelle ein im 19. Jahrhundert erbauter vierseitiger Turm, der bestiegen werden darf. Ein weiter Fernblick über große Gebirge der Priegnitz bietet sich hier. Weite Wälder und große Ackerflächen sehen wir. Im Gesichtskreis ragen die massigen Kirchenbauten von Havelberg, Wilsnack und Perleberg auf.

Nach Wilsnack.

Ein von allen Kationen eingefashter Damm führt von der Plattenburg durch die Karthänemiesen gen Nord zum Wald. Hier wenden wir uns links, zunächst am Waldrand, dann durch Wälder und wieder Wald zum Forsthaus Plattenburg. Hierher führt auch ein schöner Fußweg durch die Wälder unmittelbar neben der Karthäne. In stiller Waldsamkeit liegt das Forsthaus mit seinem breiten Walmdach, ein Bild einladender, ruhiger Behaglichkeit. Wir folgen der Straße weiter durch den Kiefernwald und kommen zu einem eigenartigen Wegweiser. Ein Bichtelmännlein steht auf dem Pfahl und zeigt den Weg nach Forsthaus Plattenburg. Die Straße führt über die Bohnen, und bald sind wir in Wilsnack, einem kleinen freundlichen Städtchen an der Karthäne. Der Name erinnert an die slavische Völkerschaft der Wilzen, die zur Zeit Karls des Großen in der Priegnitz saß. Wilsnack war im 12. Jahrhundert als Dorf gegründet worden; aber als gegen Ende des 14. Jahrhunderts die Mär des Wunderbluts von Wilsnack auslachte, gewann der Ort derart an Ausdehnung und Bedeutung, daß er sich bald zur Stadt entwickelt hatte. Von der Wichtigkeit Wilsnacks in vergangenen Zeiten zeugt noch die gewaltige Wallfahrtskirche, die man unter teilweiser Rückbildung des Gemäuers der alten Dorfkirche errichtet hat. Manchen künstlerisch wertvollen Schatz hütet die Kirche heute noch. An der Nordseite der Kirche, an der Stelle des ehemaligen „Prälatenhauses“, steht das Schloß, das mit der Kirche durch einen Übergang verbunden ist. Einen recht malerischen Winkel bilden die Gebäude an dieser Stelle. Das neu errichtete Eisenbahnrad, dem das Städtchen jetzt die Bezeichnung „Bad Wilsnack“ verdankt, gibt seinem Ausblühen einen verstärkten Auftrieb.



Die Plattenburg nach einem alten Stich.

Im Jahre 1383 wurde das Dorf Wilsnack durch den Ritter von Bülow in Brand gesteckt. Das Feuer verbrannte die auf dem Altar der Kirche befindlichen drei Hostien, auf denen sich nachher je ein Tropfen Blut befand. Die Kunde von diesen Blutzeichen verbreitete sich bald im ganzen Lande und die Wallfahrten nach dem Wunderblut von Wilsnack begannen. Die Kirche wurde neu aufgebaut, denn die frommen Gaben und Stiftungen floßen reichlich. Die Zahl der Wallfahrer wuchs ständig; aus Ungarn und Polen kamen Scharen, die nach Hunderten zählten. Die von Berlin nach Wilsnack führende Straße hieß in ihrem Teil in der Jungfernheide zwischen Berlin und Spandau noch lange „der heilige Blutsweg“. In kirchlichen Kreisen machte sich eine starke Gegnerschaft gegen das Wunderblut geltend, das man als Abgötterei ansah. 1451 wurden durch einen päpstlichen Legaten die Wunderthaten für einen Betrug des Volkes erklärt und verboten, weiterhin die blutigen Hostien vorzuzeigen. Als die Pfaffen von Wilsnack sich dagegen



Wegweiser zum Forsthaus Plattenburg.

sträubten, wurden sie von dem Erzbischof von Magdeburg exkommuniziert und die Wallfahrtskirche mit dem Interdikt belegt. Der Papst legte sich ins Mittel, hob die Verbote auf, so daß alles beim alten blieb. Die Wallfahrten dauerten auch zu Luthers Zeiten noch fort, der anriet, die Kirche zu „Wilsnack“ dem Erdboden gleichzumachen. Erst am 28. Mai 1552 war das Wunderblut zu Ende, als der evangelische Präbikant Joachim Elfeld die drei Hostien verbrannte. Die neue Zeit hatte auch die Zahl der Pilger bereits merklich abnehmen lassen. So war denn die Bedeutung Wilsnacks als Stadt des Wunderbluts dahin.

Vom Bahnhof Wilsnack treten wir die Heimfahrt an. Weglänge der Fußwanderung etwa 17 Kilometer. Empfehlenswerte Karten: Reichtischblatt (1:25 000) 1543, Wilsnack und 1544, Glöwen; Reichskarte (1:100 000) 41. Havelberg.

meinden voraussichtlich keine volle Verwendung finden kann, sind dem Minister entsprechende Anträge mit eingehender Begründung und ausführlicher Darlegung der Verhältnisse wie bisher vorzulegen. Dabei ist das voraussichtliche Haushaltssteuerauskommen der betreffenden Gemeinde für das laufende Rechnungsjahr, soweit es für die Bautätigkeit bestimmt ist, anzugeben. Die Bestimmungen bezüglich der Inanspruchnahme eines Anteils bis zu 5 Proz. der den Gemeinden (Gemeindeverbänden) aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zustehenden Beiträge für die Instandsetzung von Altmwohnungen werden durch den vorliegenden Erlaß nicht berührt.

Wieder Postanweisungen nach dem Auslande.

Nachdem die Postbehörden vor einigen Tagen den Ueberweisungsvorschlag nach dem Auslande in dem durch die Depeschenordnungen gezogenen Rahmen ausgenommen haben, können jetzt auch Postanweisungen nach dem Auslande in beschränktem Umfang wieder ausgestellt werden. Ein Abkender darf an einem Tage nur den für Postanweisungen festgesetzten Höchstbetrag ins Auslande versenden. Selbstverständlich gelten die durch die Depeschenordnungen gegebenen Einschränkungen auch für die Einzahlungen auf Postanweisungen nach dem Auslande.

Gartenfreunde und Kleintierzüchter! Der Zentralverein der Kleintierzüchter des Provinzialverbandes Groß-Berlin e. V. im Reichsverband der Kleintierzüchter Deutschlands e. V. per-

antwortet am 16. August eine Befestigungsfahrt nach der Kleintierfarm Dr. Reinhardt, Gütergoh bei Seegarten. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Stralou-Rummelsburg, Bahnsteig E. Abfahrt 9.10 Uhr bis Wannsee, umsteigen nach Stahnsdorf, von dort gemeinsamer Abmarsch.

Raubüberfall im Fabrikkontor.

Die Täter mit geraubter Kaffeete entkommen.

Im Fabrikkontor der Zementfabrik von Guttmann u. Jeserich in Kalkberge wurde gestern ein Raubüberfall ausgeführt. In den Kleinkaufsraum, in dem nur eine Angestellte anwesend war, drang plötzlich ein jüngerer Mann ein, der eine Pistole in der Hand trug. Er feuerte sofort mehrere Schreckschüsse ab und ergriff, als die Angestellte zurückwich, eine auf dem Tisch stehende Kaffeete, die 200 Mark enthielt. Mit der Beute stürmte er zur Tür hinaus. Am Straßenrande wartete sein Komplize mit einem Motorrad, dessen Motor lief. Der Räuber schwang sich auf den Sozius und die Maschine fuhr in schnellem Tempo in der Richtung nach Berlin zu davon. Einige Arbeiter der Zementfabrik nahmen noch die Verfolgung auf, wurden aber durch Schüsse zurückgeschreckt. Betroffen wurde zum Glück niemand. Die Täter, beides Leute im Alter von etwa 25 Jahren, die wie Motorradfahrer gekleidet waren, sind entkommen.

Erwerbslose Artisten.

Kofflandsvorstellungen der M. in der „Neuen Welt“.

Sie haben längst das Baden verlernt, denn die Zellen und damit verknüpfte Verdienstmöglichkeiten sind trostlos. Ein Lokal nach dem anderen muß wegen schlechten Geschäftsganges schließen, die wenigen Varietés haben kaum Platz für die Besten ihres Faches, was sollen die Kleinen und Kleinsten beginnen? „Unfallten“ ist ein schönes Wort, aber ein unausführbarer Begriff geworden, denn es herrscht ja auch in allen anderen Berufskategorien das selbe Elend und überall kommen nicht einmal die Tüchtigen, geschweige denn die Anfänger zu Arbeit und Brot. Der Artist ist gegenüber anderen Erwerbslosen in bezug auf seine Unterstützungsansprüche arg im Hintertreffen, da er ja selten oder eigentlich nie die hierfür erforderlichen Bedingungen erfüllen kann; so ist er auf die paar Mark Krisenunterstützung angewiesen, und während er die Hände in den Schößen legen muß, darbt er nicht bloß, sondern seine Arbeitskraft, die fortgeschrittenes Training erfordert, erlahmt mehr und mehr; der Artist wird steif und der Spahmacher verliert den letzten Rest Humor. Zur teilweisen Linderung der großen Not veranstaltet nun die Internationale Artistenloge bis zum 20. August täglich abends 7 Uhr (Sonntags 6 Uhr) in der „Neuen Welt“, Hofenheide, Varietés Vorstellungen zu ganz kleinen Preisen (30 und 50 Pfennige, Kinder frei). Eine tunte Reihenfolge wirklich guter artistischer Darbietungen wird dem Publikum vorgeführt; da sind die 3 Coelns, die auf dem Drahtseil neue Tricks zeigen. Mit dem Einrad über das Seil fahren, über einen auf dem Seil befestigten Tisch springen, oder als Untermann mit dem geschulten Obermann über das Seil spazieren, sind immerhin schon wertvolle Leistungen; die Banjo-Virtuosen, 2 Artistas, verfügen über ausgezeichnete Technik und flotten Vortrag und Orchestre vierbeiniger Trapezkünstler — ein kleiner Carrier — kann sich getrost als Klasse-artist bezeichnen. Aber auch alle übrigen Nummern, Entfesselungskünstler, russische Tänzer und tomische Jongleure, bieten durchweg gute Arbeit. Leider sind die Vorstellungen schlecht besucht und die Kassenrapporte weisen kleinste Ziffern auf; würde nicht die städtische Kunstverwaltung ihr Scherflein dazu beitragen, dann könnten diese Kofflandsvorstellungen überhaupt nicht stattfinden und auch diese kleinste Verdienstmöglichkeit käme in Fortfall.

Riesen-Wespennest im Bodenverschlag.

Der Gärtnerbesitzer Greulich in Mariensfelde, Adolfsstraße 33, entdeckte durch Zufall in einem kleinen Bodenverschlag seines Hauses, wo er Werkzeug und altes Gerümel unterstellt, ein Wespennest im Riesenformat. Es ist dies ein 50 mal 60 Zentimeter grauer Zelluloseberg — wie die Bienen den Honig, so sondern die Wespen eine zelluloseartige Masse ab —, der eine ganz gleichmäßige, flechtartige Musterung zeigt und von Hunderten und aber Hunderten kleiner und großer Wespen bevölkert ist. Es ist ein äußerst geschäftiges Hin und Her, was ja schon daraus erhellt, daß dieser — für Wespenbegriffe — riesenhafte Berg in einem Zeitraum von etwa 3 bis 4 Monaten entstanden ist. Aber es wird immer weiter fleißig gebaut und der Mann kann beobachten, wie das Gefüge von Tag zu Tag umfangreicher wird. Der kleine Raum, in dem sich dieses eigenartige Nest befindet, ist ganz dunkel und verschlossen, die nötige Sonnenwärme empfangen die Tiere aber in genügender Maße durch die das Dach erwärmenden Strahlen; damit sie aber nicht ganz von der Welt und der notwendigen Nahrung abgeschlossen sind, haben sie sich direkt über dem Nest einen Auszug durch eine kleine Dachrinne geschaffen. Sie brauchen gar nicht lange suchen, denn im Garten ihres Hauswirts blühen die allerprächtigsten Sommerblumen, Gräser und sonstige Pflanzen. Im Hause selbst machen sie sich in keiner Weise unliebsam bemerkbar, ausgenommen es wird Obst gekocht, da können sie dem süßen Duft denn doch nicht widerstehen und flattern den Fensterrahmen ihren Besuch ab; dies aber nicht etwa in heften Scharen, sondern nur einzelne Essenträger holen sich ein kleines, schmackhaftes Dessert. Wie lange diese Wespen-Großbesiedlung bestehen wird, ob sie in der kälteren Jahreszeit und dem damit verbundenen Absterben der Tiere verrotten, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Wohnhaus auf Abbruch.

Vor kurzem mußten wir über den kausfälligen Zustand der Mietkasernen in der Saarbrücker Straße 7 berichten. Leider hat sich an dem Zustand des Gebäudes trotz aller Versuche der gesetzlichen Mietervertretung, mit den Eigentümern über die notwendigen Renovierungen eine gütliche Einigung herbeizuführen, bisher nichts geändert. Die Schäden sind im Gegenteil noch schlimmer geworden und es besteht jetzt ernste Gefahr für die Gesundheit des größten Teiles der Mieterchaft. Das Wohnungsbauamt Grenzauer Berg hat sich bereits mehrfach mit der Angelegenheit befaßt. Ein Stadlobarchitekt hat die Mängel im Hause festgelegt und in einem 15 Schreibmaschinenfolien langen Bericht niedergelegt. Dieser Bericht verzeichnet nicht weniger als 76 Positionen dringender auszuführender Reparaturen. Danach muß sich das Haus in einem geradezu skandalösen Zustand befinden. Den Eigentümern ist vor Wochen aufgegeben

Gegen üblen Mundgeruch Ich will nicht verheimlichen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur meine, meine Zähne besser, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde die Chlorodont auf's Beste empfehlen.“ G. G. Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. und 50 Pf., und wolle jeden Erfolg dafür gürten.

Nordgeschwister ausgeliefert.

Bruder und Schwestern Reins kommen nach Berlin.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Geschwister Reins, die nach der Ermordung eines Briefträgers geflüchtet waren, ausgeliefert worden und befinden sich bereits auf deutschem Boden. Der Untersuchungsrichter hat sich nach Lötzbach begeben und die Geschwister am Mittwoch und Donnerstag eingehend verhört. Voraussichtlich erfolgt die Ueberführung der Geschwister Reins nach Berlin noch am Freitag.

Instandsetzung von Altmwohnungen.

Um dem immer dringender werdenden Bedürfnis nach Erhaltung des Altmwohnungbestandes nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, können die Gemeinden (Gemeindeverbände) im Rechnungsjahr 1931 aus dem ihnen zustehenden Anteil an dem zur Förderung der Bautätigkeit bestimmten Hauszinssteuererträgen einen Teilbetrag für die Instandsetzung von Altmwohnungen verwenden, der über 15 Proz. jenes Anteils nicht hinausgehen darf.

Falls in einzelnen Gemeinden ein ganz besonders dringendes Bedürfnis nach Erhöhung des Anteils von 15 Proz. bestehen sollte und das verbleibende örtliche Hauszinssteuerertrag aus Mangel an ersten Hypotheken oder aus anderen Gründen für Neubauzwecke im laufenden Rechnungsjahr in den betreffenden Ge-

Baumwollkatastrophe.

Tiefste Preise seit 37 Jahren. — Widersprüche des kapitalistischen Systems.

Das amerikanische Farm Board (Ackerbauministerium) soll den Farmern nahegelegt haben, jede dritte Furche der Baumwollpflanzungen umzugraben, um die Ernte um ein Drittel zu verringern.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover, Deutschland einen umfangreichen Kredit zum Ankauf von Baumwollvorräten einzuräumen, war weniger im Interesse Deutschlands als im Interesse der amerikanischen Farmer gemacht worden. Tatsächlich befindet sich die amerikanische Baumwollwirtschaft, wie die jüngsten amtlichen Ernteschätzungen bestätigen, angesichts der miserablen Wirtschaftslage vor einer schweren Krise.

Falsche Schätzungen. — Riefige Ernten.

Man hatte in den Vereinigten Staaten bisher damit gerechnet, daß die Baumwollernte etwa 12½ Millionen Ballen betragen würde, das heißt etwa 1¼ Millionen Ballen weniger als im vergangenen Jahr. Es sei daran erinnert, daß die größte Ernte, die die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren erzielten, in das Jahr 1926 fiel, wo sie 18,8 Millionen Ballen betragen hatte. Das Jahr 1927 brachte dann einen Rückschlag auf rund 14 Millionen Ballen, die beiden nächstfolgenden Jahre wieder eine Aufwärtsbewegung.

Es hat sich aber nun herausgestellt, daß trotz Verminderung der Anbaufläche die Ernte des abgelaufenen Erntejahres rund 15,5 Millionen Ballen beträgt. Dieser Ziffer, die um rund 1¼ Millionen größer ist als die Ernte des Vorjahres, steht nun eine starke Verminderung des Verbrauchs in allen Teilen der Welt gegenüber.

Infolgedessen hat der amtliche Ernteschätzungsbericht, der am 8. August veröffentlicht worden ist, in der ganzen Welt eine Sensation bedeutet, und

die Baumwollpreise sind in wenigen Stunden auf einen so tiefen Stand gesunken, wie er seit 37 Jahren nicht mehr erlebt worden ist.

Diese Entwicklung trifft eine Farmerschaft, die bereits seit einigen Jahren unter einem wachsenden Druck der Baumwollpreise zu leiden hat. Im Jahre 1925 zahlte man in New York für ein amerikanisches Pfund (453 Gramm) rund eine Mark, im Durchschnitt des Jahres 1930 dagegen nur noch 60 Pfennig. Im Juli 1931 war der Durchschnittspreis bereits auf 40 Pfennig heruntergegangen. Nimmerehr beträgt aber der Preis noch nicht einmal mehr 30 Pfennig.

Ein solcher Preis bedeutet für zahlreiche amerikanische Farmer eine Katastrophe, aber nicht nur für die Farmer selbst, sondern überhaupt für einen großen Teil der Wirtschaft im Süden der Vereinigten Staaten, insbesondere die großen und die kleinen

Landwirtschaftsbanken des Baumwollgebiets.

Diese Banken haben Hunderte von Millionen Dollar in Baumwolle angelegt und haben keine Möglichkeit, die Bestände zu verwerfen. Die Zahlungsschwierigkeiten und Zusammenbrüche zahlreicher Banken, die sich in den letzten Monaten hier ereigneten, sind bereits größtenteils eine Folge der Baumwollkrise. Welche Bedeutung die Baumwolle in der amerikanischen Wirtschaft spielt, ergibt sich schon daraus, daß in den letzten Jahren im Durchschnitt 18 Millionen Hektar mit Baumwolle angebaut wurden, das sind etwa zwei Fünftel ganz Deutschlands. Der Erntemerit für Baumwolle bezifferte sich in den letzten Jahren im Durchschnitt auf über 5 Milliarden Mark. Obwohl gegenüber der Vorkriegszeit die Baumwollausfuhr gegenüber der Ausfuhr von industriellen Fertigerzeugnissen zurückgegangen ist, betrug doch in den letzten Jahren der Anteil der Ausfuhr von Rohbaumwolle am Wert der amerikanischen Gesamtausfuhr nicht weniger als 17 bis 18 Prozent.

Ursachen der Baumwollkrise

sind erstens der vermehrte Anbau in einer Reihe anderer Länder, insbesondere in Sowjetrußland, Indien und Ägypten, zweitens die Verminderung des Baumwollverbrauchs, hauptsächlich infolge der gesteigerten Verwendung von Kunstseide. So betrug z. B.

der Baumwollverbrauch Europas im letzten Vorkriegsjahr noch 12,6 Millionen Ballen, in den Jahren 1928 und 1929 dagegen nur noch 10,9 Millionen Ballen.

Die Kaufkraft des letzten Jahres hat überall zu einer neuen starken Schrumpfung des Verbrauchs geführt. Im Jahre 1929 hatte Deutschland noch, und zwar hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten, 4,8 Millionen Doppelzentner Rohbaumwolle im Werte von rund 815 Millionen Mark eingeführt. Im Jahre 1930 waren es nur noch 4,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 381 Millionen Mark. Der Wert der Baumwollzufuhr im ersten Halbjahr 1931 zeigt einen Rekordtiefstand von 187 Millionen Mark gegenüber 321 Millionen Mark in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Diese Ziffern machen es verständlich, warum vielen amerikanischen Farmern und Finanzkreisen an einem vermehrten Baumwollverbrauch Europas und an einer Finanzierung dieses Verbrauchs außerordentlich viel gelegen ist.

Für die Textilindustrie bedeutet ein derartiger Tiefstand der Baumwollpreise keineswegs eine Erleichterung.

wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheint, denn der allgemeine Tiefstand der Rohstoffpreise stürzt ja nicht die Konkurrenzfähigkeit des einen oder anderen Landes, da er ja für alle Länder gleichmäßig gilt, wohl aber verschiebt sich durch diesen Tiefstand der Kostenanteil bei der Produktion, und dies ist nun um so größerer Bedeutung, als fast überall die baumwollverarbeitende Industrie stark überjagt ist.

Obwohl der Baumwollverbrauch der Welt im Jahre 1929 nur um 10 bis 12 Proz. größer war als 1913, hatte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Baumwollspinneln der Welt von 143 auf 165 Millionen Stück erhöht. Einen besonders starken Zuwachs zeigen Belgien, Frankreich und Italien, bei den überseeischen Ländern insbesondere Japan, Indien, China und auch die Länder Südamerikas.

Die Industrialisierung der überseeischen Gebiete geht fast immer mit der Errichtung von Textilbetrieben ein, weil sich hier das angelegte Kapital am leichtesten zu rentieren pflegt und billige Arbeitskräfte angelockt werden können. Diese kleinen Betriebe haben naturgemäß der alten baumwollverarbeitenden Industrie vieler Länder Europas Abbruch getan, am meisten der englischen, deren Erzeugnisse zu einem großen Teil nach den überseeischen Ländern ausgeführt werden. In Manchester, Liverpool und Lancashire hat daher die jetzige Verschärfung der Lage auf den Baumwollmärkten eine neue schwere Beunruhigung hervorgerufen. Es will angesichts dieser Lage nicht viel besagen, wenn W. C. Williams, ein Mitglied des amerikanischen Farm Board, der Meinung ist, daß der amerikanische Baumwollverbrauch um 2 bis 3 Millionen Ballen größer sein werde als im vergangenen Jahre. Stichtätige Gründe für die Richtigkeit einer solchen Schätzung liegen übrigens nicht vor. Bisher sind die gewaltigen Summen, mit denen die amerikanische Regierung die Lage der Baumwollfarmer zu bessern gesucht hat, wirkungslos verlaufen gegangen.

Jetzt hat der Gouverneur des Staates Mississippi vorgeschlagen (das Farm Board soll den Vorschlag aufgenommen haben), die Farmer sollten jede dritte Furche in ihren Baumwollfeldern umpflügen. Das würde bedeuten, daß die Ernte der Vereinigten Staaten von 15,5 auf rund 10 Millionen Ballen zusammenschrumpfen würde.

Eine solche Maßnahme würde in der Tat ausreichen, um dem Preisdruck entgegenzuwirken, obwohl gegenwärtig in der Welt aus der vergangenen Ernte noch sichtbare Vorräte in Höhe von mehr als 5 Millionen Ballen vorhanden sind. Es scheint aber ausgeschlossen, daß die amerikanischen Baumwollfarmer freiwillig eine solche Einschränkungsmahnahme von sich aus durchführen, denn der einzelne will doch soviel wie möglich von seinen Erzeugnissen verkaufen. Der ungeheure Widerstand des kapitalistischen Systems wird hier aber von neuem sichtbar: was die Natur und der Fleiß der Menschen erzeugen, muß vernichtet werden, weil durch eine zu große Produktion die Preise zur Ernährung der Arbeitskräfte und zur Deckung der Kosten nicht mehr ausreichen.

Um die Hauszinssteuer.

Vorschläge des Bundes Deutscher Mietervereine für eine Hausbesitzrente.

Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, macht zu den Vorschlägen des Hausbesitzes, die Hauszinssteuer zu beseitigen, seinerseits den Vorschlag, den Hausbesitz mit einer Rente zu belasten, die 50 Jahre lang zu zahlen ist. Dazu führt der Bund Deutscher Mietervereine u. a. aus:

Eine Rente sei das Richtige, weil sie die einfachste Form der Grundstücksbelastung ist und auch für den Fall der Zwangsversteigerung die einfachste rechtliche Gestaltung zuläßt. Die Rente muß selbstverständlich den Vorrang vor allen anderen Grundstückslasten erhalten. Die Rente soll sich auf 60 Jahre erstrecken, damit einerseits die schwer ringende gegenwärtige Generation mit der Tilgung nicht zu schwer belastet wird, andererseits die Rente in einem angemessenen Verhältnis zur Lebensdauer der Häuser steht. Die Höhe der Rente sei für das ganze Reich einheitlich festzusetzen. Die Ungleichheiten, die heute von Land zu Land bestehen, müßten endlich aufhören; es müsse den einzelnen Ländern, wie beispielsweise Preußen, die Möglichkeit genommen werden, den Vermietern Geschenke von Hunderten von Millionen jährlich auf Kosten der Mieter zu machen. Die Rente müsse für 60 Milliarden Entschuldungsbetrag auf 1½ Milliarden Reichsmark jährlich festgesetzt werden, d. h. das einzelne Grundstück hat eine jährliche Rente von 2½ Proz. der festgestellten Entschuldung zu zahlen. Wirtschaftlich schwache Mieter (ebenso Pächter u. ä.) müßten auch künftig einen Rechtsanspruch auf Ermäßigung haben. Auch hier müßten die jetzt bestehenden Ungleichheiten der Länder untereinander aufhören.

Die Rente müsse, wie heute die Aufwertungssteuer, zugunsten der Länder und Gemeinden fließen; der Anteil für den allgemeinen Finanzbedarf müsse allmählich abgebaut werden, damit für die Wohnungswirtschaft, insbesondere für Neubau und Siedlung, die dringendsten notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. Damit für den Wohnungsbau wenigstens die aller-

dringlichsten Mittel zur Verfügung stehen, müßten sich Länder und Gemeinden für ihren Finanzbedarf zunächst bei einem Anteil von 1 Milliarde Reichsmark begnügen.

Der Bund Deutscher Mietervereine geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, daß die Miethausmiete auf 100 Proz. der Friedensmiete gesenkt wird. Zu gleicher Zeit wird die planmäßige Senkung der Neubausmieten verlangt, da es unmöglich und untragbar ist, die Reubausmieten, die zum Teil eine Höhe bis zur doppelten Friedensmiete erreicht haben, auf dieser Höhe zu belassen.

Die Zinssubventionen für die Agrarier.

Das Reichsernährungsministerium hat die Richtlinien bekanntgegeben, mit denen durch Zinssubventionen für die Getreide bauende Landwirtschaft der Verkaufsdruck nach der Ernte verringert und die Möglichkeit geschaffen werden soll, über die Wirkungen der Hochschuldschulden hinaus auf Reichskosten die Getreidepreise hochzuhalten. Die Rentenbankkreditanstalt hat Reichsgelder erhalten — wieviel wird nicht gesagt —, um den Getreide verarbeitenden Betrieben auf Antrag die Zinsverbilligung auszugeben. Diese können dadurch dem Landwirt und den Genossenschaften entsprechende höhere Preise zahlen. Die Zinsrückvergütung beträgt 6 Proz. jährlich für die Laufzeit und die Summe der Wechsel, soweit diese nicht länger als 6 Wochen laufen. Wird der jetzige Reichsbankdiskont von 10 Proz. herabgesetzt, so erfolgt eine entsprechende Kürzung des Prozentsatzes der Rückvergütung. Ueber die Zinsrückvergütung der Erntebeleihungskredite werden noch besondere Vorschriften erlassen.

Ein Kraftverkehrsgezet.

Die zunehmende Güterbeförderung auf Kraftwagen hat der Reichsbahn einen starken Einnahmefall gebracht. Der Vertrag der Reichsbahn mit der Schenker K.-G., der den Zubringerdienst zur Bahn neu regeln sollte, wurde vom Reichsver-

kehrsministerium nicht genehmigt. Ueber eine Neuregelung des ganzen Verkehrswezens, die eine Beseitigung der Konkurrenz zwischen Reichsbahn und Kraftwagen bringen wird, ist am Freitag in Besprechungen zwischen Reichsverkehrsministerium und den Länderregierungen verhandelt worden.

Wahrscheinlich durch Roterordnung wird ein Kraftverkehrsgezet erlassen werden, das eine Konzeffionierung der Betriebe für Güterbeförderung durch Auto vorsieht. Frei sind Beförderungen bis zu 50 Kilometer und solche durch werkeigene Autos. Für die Beförderung werden Tarife aufgestellt, die denen der Eisenbahn angeglichen werden sollen.

Herr Schiele regiert.

In einer Woche wurden Roggen und Weizen um 15 Proz. verteuert.

Wir haben eine Woche Schiele'scher Getreidepreistreiber hinter uns. Nach den Notierungen der Berliner Produktenbörse hat sie folgendes Ergebnis gehabt:

	7. August	14. August
Weizen	186—188	218—220
Roggen	147—148	167—169

Das sind in einer Woche Preissteigerungen von rund 15 Proz., die sich sehen lassen können. Wie sind diese Preissteigerungen erreicht worden?

Einmal haben der Reichslandbund und die ihm gleichgesinnten Organisationen die Landwirtschaft aufgefordert, ihr Getreide nicht zu verkaufen. Die Landwirtschaft ist dieser Parole gefolgt. Von allen Getreidebörsen wird berichtet, daß das Angebot äußerst knapp ist. Das muß selbstam berühren. Man hat uns wochenlang erzählt, daß der Staat etwas für die Landwirtschaft tun müsse, weil die Landwirtschaft vor Rot vergehe und weil die Gefahr drohe, daß die Landwirtschaft ihr Getreide zu jedem Preis verkauft. Nun sehen wir überalshandweise, daß die Landwirtschaft mit ihrem Getreide zurückhalten kann, so sehr zurückhalten kann, daß der Betrieb vieler Mühlen gefährdet ist, weil sie sich mit dem nötigen Getreide nicht eindecken können.

Wie steht es nun eigentlich um den Verkaufsdruck bei der Landwirtschaft? Hat sich dieser Verkaufsdruck über Nacht geändert oder hat er vielleicht nicht bestanden?

Klarheit erhält man darüber nur, wenn man die Schiele'sche Erntefinanzierungspolitik berücksichtigt. Nach dem Schiele'schen Programm kann der Landwirt sein Getreide bevorzugen lassen. Der Landwirt erhält auch auf Reichskosten einen Vorzugszins. Die Landwirtschaft ist hinsichtlich des Zinsfußes günstiger gestellt als die gesamte Wirtschaft, der es doch sicherlich nicht besser geht als der Landwirtschaft. Aber die Bevorzugung und der niedrigere Zinsfuß spielen nicht die Hauptrolle.

Eine Hauptursache, daß die deutsche Landwirtschaft deutsches Getreide nicht an deutschen Börsen zum Verkauf bringt, liegt bei den neuen Exportprämien. Was wir gegenwärtig an den deutschen Börsen erleben, sind regelrechte Exportprämienhaufen. Wenn heute deutscher Weizen nach dem Ausland ausgeführt wird, dann erhält man für diesen Weizen, der in Deutschland rund 220 Mark kostet, im Ausland etwa 80 bis 90 Mark. Aber für die gleiche Menge exportierten deutschen Weizen kann man ausländischen Weizen einführen, und zwar zu einem weit ermäßigten Zoll. Selbst wenn man Fracht umf. einfalluliert, machen die Exporteure mit dieser Art Exportprämie ein sehr gutes Geschäft. Also verkauft man seinen Weizen nicht an den deutschen Börsen, sondern man wirft ihn nach dem Ausland. Mit dem einzigen Zweck, die Preise in Deutschland zu treiben.

Der Reichslandbund hat so schön die Landwirte gewarnt, die Ernte nicht zu verschleudern. Das tut die Landwirtschaft auch nicht, das heißt, sie verkauft guten deutschen Weizen nicht im Inlande, aber sie schleudert ihn nach dem Auslande, damit der Brotkorb im Lande höher gehängt wird. So etwas nennt man in Deutschland Wirtschaftspolitik.

Bis jetzt hat Schiele mit seiner Preistreiberi Glück gehabt. Man muß sich aber fragen, wie lange das dauern kann. Vor allem muß man sich fragen, woher man das Geld nehmen will, das notwendig ist, um diese Preistreiberi durchzuhalten? Hier sind die Aussichten wenig rosig und die Landwirtschaft täte gut, sich nicht all zu sehr auf die Schiele'sche Preistreiberi zu verlassen. Der Hauffe kann nur zu schnell die Baiffe folgen.

Die Sparkassen im Juni.

Zum ersten Male seit der Stabilisierung ist der Einlagenbestand bei den deutschen Sparkassen gesunken: die Summe der Spareinlagen hat sich im Juni um 152 auf 11 073,6 Millionen Mark ermäßigt. Die Einzahlungen waren so hoch wie im Juni vorigen Jahres; aber die Auszahlungen waren mit 229 Millionen Mark um mehr als 50 Proz. höher. Die Abziehungen waren in den Industriegebieten stärker als in den landwirtschaftlichen Gebieten. Den größten Einlagenverlust hatte die Sparkasse der Stadt Berlin mit 2,8 Proz. ihres Einlagenbestandes zu verzeichnen.

Nach Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung hätten die Sparkassen von sich aus allen Ansprüchen genügen können; die Schwierigkeiten bei ihnen seien lediglich durch die Illiquidität der Kreditbanken und der Girozentralen verschuldet. Die Sparkassen hätten mit ihrem Kassenbestand und den innerhalb sieben Tagen fälligen Bantguthaben sofort 550 Millionen Mark Einlagen zurückzahlen können.

Ausländer in der Sowjetindustrie.

Nach den letzten Angaben sind in der dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion unterstellten Industrie 3528 ausländische Fachleute tätig, von denen etwa die Hälfte Ingenieure und Techniker, der Rest qualifizierte Arbeiter sind. Etwa zwei Drittel sind Deutsche, während auf Amerikaner etwa ein Fünftel entfällt.

Im Kohlenbergbau sind 500 Ausländer, in der Eisen- und Stahlindustrie 351, in der Baugeschichte 315, in der Automobil- und Traktorenindustrie 295, in der Maschinenindustrie 231, in der Holzindustrie 149, in der Industrie der Baumstoffe 138, in der chemischen Industrie 101, in der Naphthalinindustrie 25 usw. beschäftigt. Eine große Anzahl von ausländischen Fachleuten ist ferner im Eisenbahnbauwesen, in der Lebensmittelindustrie usw. tätig. In den letzten Wochen sind 450 Arbeiter und 35 Vorarbeiter der amerikanischen Automobilindustrie, 220 Bergleute, 45 Metallarbeiter, 35 Elektrizitätsarbeiter, 470 Bauarbeiter, 50 Traktorenarbeiter und 24 Ingenieure neu eingestellt worden.

Gustl Kernmayr: Morgen hat Karl Arbeit

Wir leben beide in der Großstadt. Sind von außerhalb nach hier gekommen, um Arbeit zu suchen. Ich habe welche gefunden, Karl noch nicht.

Ich kenne ihn gar nicht, er wohnt nur neben mir, wir beide hausen bei der gleichen Wirtin. Unsere Zimmer münden auf einen langen, dunklen Flur. Vom Blumenfenster sieht man auf einen trostlosen steinigen Hof.

Am Anfang, als ich noch Arbeit suchte, war der tiefergelegene Hof für mich Ziel meines baldigen Selbstmordes. Nun, da ich keinen Hunger mehr habe und meine Wirtin nicht mehr droht, mich hinauszumerfen, hat sich mein Sinn gewandelt. Ich sehe gar nicht mehr in den Hof hinab.

Ich dachte an meinen Nachbar nebenan, an Karl, der schon seit vierzehn Tagen nichts zu sich nimmt, außer Tee und etwas trockenes Brot, was er von unserer Wirtin bekommt.

Wir grüßten uns anfangs und fanden Kontakt, so lange ich keine Arbeit hatte. Kaum hatte ich Arbeit und wollte ihm helfen, da wurde er zurückhaltend, ja fast schroff.

Am Weihnachtsfesttag lief er davon und kam ausgefroren erst am Neujahrstag wieder zurück.

Seine Schuhe waren noch zerrissener, sein Anzug noch durchsichtiger und speckiger.

Rur wer selbst in stillen Nächten sein einziges Oberhemd einmal schnell auswusch und am Fensterrahmen trocknete, der weiß, wie Karls Wäsche aussieht, die er schon zwei Monate lang so behandelt. Was die „Wohlfahrt“ tut, bekommt die Wirtin und der Rest reicht noch zu Zigaretten, das Stück für zwei Pfennig. Er schreibt fieberhaft Manuskripte. In seiner naiven Art meint Karl, daß die Filmgesellschaften auf seine Werke warten. Seine Ideen sind gut, doch meist zu traurig. Hunger und Kälte sind keine Anreger zu prächtigen, fröhlichen Erzählungen. Die Filmwelt will aber nur solche sehen.

Jeden Tag, in aller Frühe, schleicht er durch die Straßen zum Arbeitsnachweis, zu Bekannten, und jeden Abend schleicht er zurück, mit Abjagen und leeren Versprechungen.

Immer eifriger wird sein Zimmer, der kalte Zigarettenrauch unenträglich.

Karl wird mürrisch und weist auch meine Hilfe zurück.

Gestern aber schrie er laut durch den muffig riechenden Korridor „Frau Wiesner, vergessen Sie mich nicht morgen um sieben Uhr zu wecken! Ich habe Arbeit!“

Das Wort Arbeit schallt durch den Korridor in sämtliche Nebengemache, auch ich höre es, ich höre auch die ganze Nacht hindurch Schritte in dem Nebenzimmer.

Ist er krank, denk ich mir? Ich will zu ihm, doch seine Tür ist

verschlossen. Nun erfahre ich eine Speisefarte, erfunden von einem Gehirn, das sein Magen bezwang. Erst rechnet er.

„Für Deutsch und Französisch bekomme ich als Komparsie 30 Mark an einem Tage, für zwei Tage zweimal 30, das sind 60 Mark. Ich werde kaufen Wurst, Fleisch, Speck — Strümpfe werde ich wohl auch brauchen, aber nein, Schuhe und Strümpfe brauche ich jetzt noch nicht. — Aber essen werde ich, essen...“

Irgendwo schlägt eine Turmuhr die elfte Nachtstunde.

Karl geht auf und ab und ruft „es ist erst 11 Uhr“. Er zählt „12, 1, 2, 3, also zirka 12 Stunden, 15 Stunden, in 18 Stunden habe ich das Geld in der Hand! Dann kann ich mich richtig satt essen! Richtig satt essen!“

„Warum ist die Nacht heute so unendlich lang?“

„Warum kann ich nicht schon arbeiten?“ „Ich will doch arbeiten, viel arbeiten! Nur mich einmal wieder sattessen, so richtig sattessen!“

„Sattessen“ war das letzte Wort, das ich hörte, dann hörte ich nur einen Plump, als ob sich jemand schnell niederlegte.

In dieser Nacht konnte ich nicht schlafen. Es war mir, als sähe mein Nachbar Karl an meinen Füßen und reiße mir das Fleisch herunter, um es zu verzehren.

Nach war es am nächsten Morgen, von den Dächern tropfte es. Frau Wiesner und ich standen im Dufsten auf dem Korridor und klopfen zugleich an die Tür meines Nachbarn. Er öffnete nicht und antwortete nicht.

Ein kräftiger Tritt und wir standen im Zimmer.

Am Boden mein Nachbar. Er knabbert an einer Handbürste, am ganzen Körper zitternd und fiebernd. Kein Wort kam heraus. Neben ihm lag ein Schreibblech auf dem Boden, eine Seite aufgeschlagen. In großen Zügen stand:

Morgen habe ich Arbeit, morgen kaufe ich mir Wurst, 2 Brote, Speck und Fett, Eier, Milch usw. Unten stand: Ich freue mich, daß ich Arbeit habe, denn ich leide furchtbar, ich habe Hunger!

Die Rettungsmannschaft brachte Karl auf die psychiatrische Abteilung nach der Charité und der Aufnahmeleiter eines großen Filmkonzerns strich den Namen Karl... „wegen Unzuverlässigkeit“ für immer aus.

„Der Mann wird bei uns nie beschäftigt, weil er heute nicht gekommen ist.“

In eine Zwangsjade gesteckt, phantasiert Karl fortwährend davon, daß er „morgen Arbeit hat“.

Wir gefühlte es in dieser Wohnung nicht mehr. Es schnürt mir so eigenartig die Kehle zu, wenn ich den dunklen Korridor entlanggehe und im Nebenzimmer Schritte höre, wieder eines Menschen, der auf den Moment wartet, rufen zu können: „Frau Wiesner, ich habe morgen Arbeit.“

Er war Arzt in einer großen Stadt, doch die Ausübung dieses Berufes hatte ihn nicht einmal ernähren können. Dieser Umstand machte ihn zum — „Tiefstapler“ (dem Gegenteil des Hochstaplers), indem er an seiner Berufsleiter einige Stufen abwärts stieg und als Wunderdoktor auftrat. Und dieser Abstieg hat ihm nicht im geringsten geschadet, im Gegenteil, nicht nur, daß ihm dieser neue Beruf ein gutes Auskommen sicherte, er machte ihn sogar zu einem wohlhabenden Mann.

Vielleicht werden nicht alle Tiefstapler von solchem Erfolg gekrönt wie unser Wunderdoktor. Trotzdem übersteigt heute die Zahl der Tiefstapler tausend-, ja, hunderttausendfach die der Hochstapler. Wir sind ja umgeben von Ingenieuren, die als kleine Elektromonteurs arbeiten, von einst großen Hoffnungen der Luftwelt, die in Bars und Koffeeshäusern zum Tanz aufspielen, von Architekten und Kunstmalern, die als Tapezierer und Dekorateur tätig sind, von Diplomaten, die als Klopferer jungieren, von Schriftstellern, die ins Reklamefach übergetreten sind, von Schauspielern, die in Tonfilmen als Double auftreten, von mehrfachen Luxusautobesitzern, die ihren letzten Wagen als Autodroshke chauffieren, von einst berühmten Sportleuten, die heute Sportschulen betreiben, von früheren Salonlöhnen, die Eintänzer geworden sind, von einstigen Konfektionären, die sich auf den Kleiderhandel geworfen haben, von Opernängern, die als Stimmungsfänger auftreten und von Aberhunderttausenden von Menschen, die dem aufstrebenden Konkurrenzkampf, den die Ueberproduktion in fast allen Berufen hervorgerufen hat, nicht standhalten konnten und, einem ungünstigen Ausgang ausweichend, sich kurzerhand zu etwas Praktischerem und Mehrversprechenderem entschlossen.

Die Hochstapeler ist aus der Mode gekommen. In diesem Beruf ist nicht mehr viel zu verdienen. Es fehlt auch an dem Talent, das dieser mit allen Säben geschmierten, mit allen Hunden gehegten Welt gewachsen wäre. Auch die Zeiten sind vorbei, wo man mit einer guten Idee, mit einem Ipp in die Höhe klettern konnte. Das Feld der raschen Karrieren ist dem Feld der mühseligen Arbeit gemichen und einer ihrer Vertreter ist der Tiefstapler, der sich im Schweiße seines Angesichts emporzuarbeiten versucht.

Ich weiß, ihr wollt auch Namen hören, Namen „berühmter Tiefstapler“. Nun: Boronoff, noch vor kurzem als Verjünger der Menschheit genannt, zieht sich infolge der allgemeinen Teilnahmslosigkeit seiner Verjüngungspraxis gegenüber in den Alltag zurück und will nur noch als einfacher Arzt tätig sein; Hermann Tadolwter, Kammerfänger und Retzer des Opernhimmels, landete nach allem Ruhm in der Synagoge in Niga als Kantor; Breitensträter, der einstige Anwärter auf die Weltbörse, betreibt eine Bogenschule, Charles Willi Kayser, früher ein Filmstar von Format, will sich heute nur noch als Kinobesitzer behaupten, Wanda Traumann ist Pensionsinhaberin, der ehemalige Sechstagefahrer Walter Kütt Gastwirt und noch viele, viele einseitige Größen, die in der Erinnerung des Publikums als bekannte Schauspieler, Filmstare, Varietéanonen, Politiker leben, haben im Laufe der Zeit den Ruhm gegen eine hoffnungsreichere Existenz eingetauscht, oft sogar, ohne daß die neue Existenz mit der ruhmvolleren früheren etwas zu tun hätte.

Willi Ley: Wie Versteinerungen entstehen

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß es nur politische Schlagworte gäbe, auch die Wissenschaft kennt welche. Eins, das der alte Darwin selbst geprägt hat, spricht von der „Lückenhaftigkeit der paläontologischen Ueberlieferung“. Man hat dies Wort seitdem oft gebrauch und nach Meinung mancher auch mißbraucht. Wenn man sich die Sache aber einmal richtig überlegt, dann ist es eigentlich ein Wunder, daß wir überhaupt Versteinerungen haben.

Jeder Naturfreund kennt ja das Schauspiel: Ein Tier ist gestorben und meist schon nach wenigen Stunden ist die Leiche verschunden. Käsefresser aller Größen, vom Käsefresser der Tropen herab bis zum Totengräberkäse, haben ihr Werk gründlich verrichtet. Was sie übrig lassen, fällt den Säurebakterien und der Verwitterung anheim. Im Gebirge kommt, besonders an Wäldchen, noch die rein mechanische Zertrümmerung hinzu, die Tierleiche wird vom Wasser gegen Felsen geschlagen und mit Steinen gestoßen, bis sie einigermaßen zur Ruhe kommt und dann den wasserbewohnenden Käsefresser (in der Hauptklasse Krebsen) zum Opfer fällt. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse ja auch im Meere, wo die Zahl der auch nach totem Fleisch hungrigen Räuber noch bedeutend größer ist.

Ueberlegt man sich das und versucht danach einige Fälle zu konstruieren, in denen doch die Leiche des Tieres erhalten bleibt, und zwar so, daß sie die Jahrmillionen der geologischen Zeitalter überdauert, so ist man im ersten Augenblick einfach ratlos und muß sich bei den trotz alledem (und recht reichlich) erhaltenen Fossilien erkundigen, wie denn die Natur das eigentlich fertiggebracht hat. Da steht man denn, die erste Bedingung für die Möglichkeit einer Fossilierung ist möglichst schneller und vollständiger Luftabschluss des Kadavers. Dieses Mammut zum Beispiel, das man blutigsteif zu Anfang dieses Jahrhunderts von der Berezowka holte, war zu seinen Lebzeiten in einen Bleischer eingebrochen und durch die Kälte und die Konservierungsfähigkeit des Eises erhalten geblieben. Es ist klar, daß ein solcher Fall sich nur bei Fossilien aus der letzten Einzeltzeit finden kann, und auch da nur in Gegenden, wo die Eiszeitlicher niemals vollständig abgetaut sind, denn sonst wären die Tierreste nach dem Abtauen der Gletscher von genau demselben Schicksal getroffen worden, wie frische. Ein anderes Beispiel ähnlicher Art findet sich in Amerika. Ich meine die berühmten Fossilien der „Laure-pools“. Hier hat nicht Eis konserviert, sondern eine alphaltähnliche Masse; daneben gibt es auch noch Tiermumien an anderen Stellen, die in Erdwachs gebettet sind, wie Fliegen und Würmer in den laminierten Bernstein. Auch hier haben wir überall das gleiche Bild: der flüssige Asphalt, Erdwachs oder Baumharz umschließt die noch lebenden Tiere luftdicht, so daß weder aasserfressende Tiere, noch Säurebakterien dem Kadaver zu Leibe gehen können.

Etwas anders liegt der Fall bei Fossilien, die ihren Ursprung in vulkanischen Katastrophen haben. Gemisch bildet auch hier der meist mit Regen vermischte Aschenschauer der Vulkanische bald einen luftdichten Abschluß — was jedoch erhalten bleibt, ist sehr oft nicht der Körper des eingeschlossenen Lebewesens, sondern eine spätere Ausfüllung der von dem Körper im ursprünglichen plastischen Material geschaffenen Form. Man spricht in diesem Falle von Ausgüssen, wie sie besonders bei Muschel- und Schneckengehäusen sehr häufig sind. Damit vermandt sind die ebenfalls häufigen Abgüsse.

Natürlich werden auf solche Weise nicht nur die Tiere selbst, sondern auch ihre Spuren erhalten. Die meisten Fährten aus der Urwelt — und man kennt deren nicht wenige — denkt man sich so entstanden, daß das Tier in Schlamm seine Fußtapfen eindrückte, daß dieser Schlamm dann bald unter den glühenden Strahlen der urweltlichen Mittagssonne trocknete und die Spuren von Fußgänger zugedeckt wurden. Was man findet, sind dann abwechselnd die Spuren im feingewordenen Schlamm selbst oder die verhärteten Spurenausgüsse des darüber gewesenen Fußganges.

Dies Motiv eröffnet wieder neue Ausblicke. Man kennt aus Mitteldeutschland eine Steinplatte von kaum einem Quadratmeter

Größe mit den Resten von mehreren Duzend winzigen Urweltstrolchlein, die in solchem Zustand eines wohl bestigen Wirbelsturmes erstickt sind. Die andere Möglichkeit ist, daß der Schlamm selbst nachgab und es dem Saurier so ging wie dem Belemnitenmammut: das Tier brach ein und geriet so direkt unter luftdichten Konkretenüberschlag, damit die Nachwelt ihre Forschungsgegenstände bekommt. Durch solchen tückischen Triebfahndstreifen sind uns beispielsweise die vielbesagten 23 Iguanodonis von Bernissart in Belgien überliefert worden, deren Fußspuren man schon lange vorher gefunden hatte.

Wie fein die Konservierungsfähigkeit von Schlammstreifen für Fährten sein kann, sieht man an den berühmten Schiefer von Solnhofen. Die Solnhofener Schiefer haben uns nicht nur die Krabbelspuren von Krebsen und Würmern erhalten, sondern auch noch viel feinere Fährtengebilde ganz sonderbarer Art, von denen Professor Abel vermutet, daß es sich hier um den „versteinerten Blütenregen“ irgendeines Urweltbaumes handelt.

Trotzdem manche Fossilien aber etwas rätselhaft sind, man hätte doch gern noch eine ganze Menge davon, da man mit ihrer Hilfe vielleicht andere Rätsel lösen könnte, die uns am Herzen liegen — aber die paläontologische Ueberlieferung ist eben lückenhaft —

Nikolas Aranyosi: Der „Tiefstapler“

Es sei hier die Geschichte eines jungen Mannes erzählt, der sich eines Tages bei einem Dorfschuster der ungarischen Tiefebene einfindet, um bei ihm Beschäftigung zu suchen. Er war etwa um die Dreißig herum und erweckte in dem Dorfschuster wegen seiner städtischen, in den Augen der Landbevölkerung im Werte ohnehin nicht sehr hochstehenden Kleidung Mißtrauen. Doch die aufrichtige Miene, mit der der junge Mann erzählte, daß er die Stadt verlassen habe, weil sie ihm keine Lebensmöglichkeit bot, und daß sein sehnlichster Wunsch wäre, das Schusterhandwerk zu erlernen, stimmte den Bauernschuster allmählich um. In seiner primitiven Schaulust schloß er gleich den Plan, seine etwas ältliche Tochter mit dem gut gekleideten, jungen Mann später mal zu verheiraten und mit diesem Hintergedanken erklärte er sich bereit, ihn in diesem ungewöhnlichen Alter mit freier Kost und freiem Quartier in die Lehre zu nehmen.

Monate vergingen, der neue Lehrling zeigte eine außerordentliche Auffassungsgabe für das neue Handwerk und arbeitete zur vollsten Zufriedenheit des Meisters, bis eines Tages die Meisterstochter erkrankte. Nun zeigte sich plötzlich der Lehrling von einer neuen Seite. Denn als sich die alten Weiber des Dorfes mit Wunderträutern an das Mädchen heranzumachen wollten, erklärte der junge Mann dem Meister, daß er ein wunderbares Mittel hätte, mit dem er seine Tochter heilen könnte. Und in der Tat, kaum vergingen ein paar Tage, und das Mädchen war durch die Behandlung des Lehrlings wiederhergestellt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der wunderbaren Heilung im Dorfe, und die wacklige Hütte des Dorfschusters wurde allmählich zu einem Wallfahrtsort. Erst von der Nachbarschaft, dann vom ganzen Dorfe und als bald von der weiten Umgebung pflanzten die Kranken zu dem jungen Heilkundigen, und für jeden hatte der junge Mann ein Mittel zu seiner Heilung. Er gab Salben und Pillen, ordnete Naturheilmittel an, und als das Geschäft zu blühen anfang, verzichtete er ganz und gar auf die Schuhmacherzunft und machte sich als Naturarzt selbstständig. Als aber die Gesundheitsbehörden der Kreisstadt von der großausgelegten Kurpflanzpraxis im Dorfe erfuhr — in Ungarn ist die freie Ausübung der Heilkunst verboten —, da sandten sie ein Aufgebot von Gendarmen aus, um den jungen Naturheilkundigen zu verhaften. Ohne Widerstreben ließ er sich abführen, in Begleitung der Gendarmen erschien er bei der Polizeihauptmannschaft der Stadt, aber hier überzeigte er zum größten Ersauern aller anwesenden Polizeigewaltigen ihnen — sein Arztdiplom.

Die Entwicklung des Telephons

Das Telephon ist uns so sehr zu einem Hilfsmittel im täglichen Leben geworden, daß man sich eine Zeit ohne Telephon heute kaum noch vorstellen kann. Ein Geschäftsbetrieb ohne Telephon ist einfach undenkbar. Er wäre überhaupt nicht konkurrenzfähig.

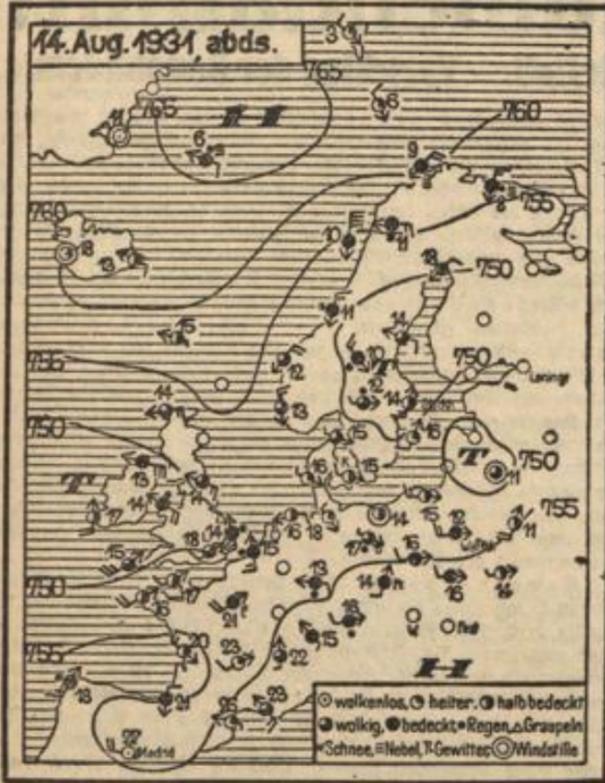
Aber die Zeit, in der es ohne Telephon gehen mußte, liegt noch gar nicht allzu weit zurück, und sehr viele von uns können sich dieser Zeit noch erinnern. Wenig mehr als 50 Jahre liegen die ersten Anfänge des Telephons in Deutschland zurück. Deutschland war das erste Land, das Ende des Jahres 1877 die ersten Versuche mit dem von dem Amerikaner Graham Bell konstruierten Telephon unternahm. Vor ihm im Jahre 1881 hat aber auch schon ein Deutscher, der Lehrer Philipp Reis in Friedrichsdorf bei Hamburg, einen Telephonapparat konstruiert, womit, wenngleich unvollkommen, Worte in die Ferne übermittelt werden konnten.

Im Laufe dieser 50 Jahre hat das Telephon, haben auch die Telephonanlagen mancherlei Wandlungen durchgemacht. Zuerst baute man große Apparate, die 17 Pfund schwer waren. Alle Zubehörtelle waren ebenso unförmig. Der moderne Telephonapparat wiegt kaum noch den vierten Teil davon. Von den früher üblichen Wandapparaten ist man fast völlig zu den bequemeren Tischapparaten übergegangen. Die Telephonleitungen, die ein immer dichteres Netz über die Dächer der Städte spannten, werden jetzt ausnahmslos als unterirdisches Kabel angelegt. Der Beruf der Telephonistin, der Tausende von Frauen ernährt, beginnt mehr und mehr auszuarten, weil alle modernen Telephonämter für automatische Selbstanschluß der Teilnehmer eingerichtet werden und dadurch die Arbeit der Beamtinnen überflüssig machen.

So langsam das Telephon sich anfänglich durchsetzte, so ungeheuer ist die Zahl der Anschlüsse in der letzten Zeit angewachsen. Berlin besaß vier Jahre nach dem ersten Telephongespräch, das im Jahre 1877 geführt worden ist, also 1881, erst 48 Anschlüsse. Einer der eifrigsten Vorkämpfer des Telephons war Emil Rathenau, der Vater Walter Rathenaus. — Heute haben wir in Deutschland nahezu 3 Millionen Telephonanschlüsse, wovon allein auf Berlin fast eine halbe Million entfallen.

Das größte Rattenest der Welt

In New York ist kürzlich Herr Billig, ein Deutscher, eingetroffen, der sich verpflichtet hat, die Ratten-Insel von der Rattenpest zu befreien. Billig hat den Kampf mit einem Giftstoff eröffnet, dessen Anisgeschmack das Gefühl der Rager so erregt, daß sie ihn mit Eier verzehren. Das Gift regt ein unstillbares Durstgefühl aus, das die Tiere mit Wasser zu stillen versuchen. Dies führt ihren Tod herbei, denn durch die Wirkung des Giftstoffes mit dem Wasser entweicht sich ein tödliches Gas. Die Ratten-Insel ist die große Müllablagungsstätte von New York und liegt am Zusammenfluß des Long Island-Sund mit dem East-River. Sie ist bemerkenswert durch zwei Dinge: die große Zahl der Ratten, die sie beherbergt, und das Feuer, das seit zwanzig Jahren ununterbrochen brennt, um die Müllabfälle zu vernichten, die täglich von durchschnittlich zehn Dampfern abgeladen werden. Jede Ladung bringt aber mindestens zwei Ratten mit auf die Insel, welche die kopfreiche Rattenkolonie noch weiter vermehren. Das Gesundheitsamt der Submetropole hat auf Grund seiner Untersuchungen über die Fruchtbarkeit der Rager berechnet, daß ein einziges Rattenpaar in fünf Jahren eine Nachkommenschaft von genau 940 369 936 132 Tieren hat, vorausgesetzt natürlich, daß jede Ratte fähig ist, die Art zu erhalten. Die Rattenkolonie der Ratten-Insel vereinigt rund 5 Millionen der gefährlichen Rager und ist die größte der Welt. Einige Tiere sind so fruchtig, daß sie es wagen dürfen, Hunde und Menschen anzufallen. Bisher haben sich alle Mittel, welche die Stadt New York zur Vernichtung ihrer Feinde anwendete, als fruchtlos erwiesen; auch die Giftgase haben nichts geschafft. Man knüpft indessen an das von Billig gemachte Experiment die Erwartung, daß es endlich gelingen wird, der Plage Herr zu werden.



Westliche Tiefdruckgebiete allmählich auch Einfluss auf das Wetter in Brandenburg gewinnt.

Wetterausblick für Berlin: Im Laufe des Tages wieder Bewölkungszunahme mit Regenneigung, mild. — Für Deutschland: Im Osten ruhigeres und etwas wärmeres Wetter, im mittleren Deutschland allmählich zunehmende Bewölkung mit Regenneigung, im Westen vielfach trübe und regnerisch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind bis zum 12. August 1931, 18 Uhr, bei der Redaktion des Volksfestes, Brunnenstraße 2, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 7. Kreis, 14 Uhr Halbfahrt auf der großen Spielwiese im Volkspark Jungfernheide, verbunden mit Besuche der Kreisbahn und Ubergabe der Sammelkarten für die Abteilungen. Weiterer Besuche vom Genossen Karl Hildebrand, Pl. 2, 9.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Befreiung Groß-Berlin Mittwoch, 19. August, 19 1/2 Uhr, Nordstr. 11, Bezirksamt Kreuzberg, Sitzungssaal. — Ausgabe von Zeitschriftenmaterial Sonntag von 14-18 Uhr. Es wird gebeten, alles Material abzugeben.

Kreis Charlottenburg: Wir treffen uns zur Teilnahme am Volksfest am Sonntag, 16. August, 9 1/2 Uhr, Wilhelmplatz. Gruppe Köpenick: Wir beteiligen uns am Sonntag, 16. August, am Volksfest Kurpark Friedrichshagen, Treffpunkt 13 Uhr Jugendheim, 19 Pl. mitternachts. Die Kassenkarten treffen sich wieder jeden Montag um 15 Uhr im Jugendheim Bahnhofsstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. Wkt. Der Genosse Karl Groß, Genier Str. 37, ist verstorben. Einbestattung am Sonnabend, 15. August, 12 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 7, Regenbeteiligung wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Partis 62/64, Lindenstraße 3.

Heute, Sonnabend. Reichenberger Viertel: Fahrt nach Prenzlauer, 17 Uhr, Reichshagen (Hauptbahnhof). — Verbandsfahrt nach Götterberg, 17 1/2 Uhr, Reichshagen (Hauptbahnhof). — Pankow, R. 7: 17 Uhr, Spielplatz Schönholzer Heide. — Reuthen VII: Fahrt, 16 1/2 Uhr, Hof, Kaiser-Friedrich-Straße.

Morgen, Sonntag. Halbfahrt: Fahrt nach Bernau, 7 Uhr, Hof, Gesundbrunnen. Arbeitskreis Zeitschriften: Bei schönem Wetter Fahrt, 7 1/2 Uhr, Hof, Lichterfelde-Platz, 30 Uhr Heimabend in Wannsee.

Zahl rechtzeitig eure eiserne Herde — Defen erneuern. Im letzten Winter ist eine große Vermehrung der Brände zu beobachten gewesen durch die (stille) Reichswehr der eiserne Herde und Defen infolge mangelhafter Unterhaltung. Nach den allgemeinen Versicherungsbedingungen der Stadtlichen Feuerkasse ist der Versicherungsnehmer zur Schadenersatzverpflichtung verpflichtet und darf die gefährlichen und polizeilichen Sicherheitsvorschriften nicht verletzen. Wer es ferner unterläßt, dafür zu sorgen, daß die Feuerstätten in seinem Hause in baulichem und benutzlichem Zustande unterhalten werden, macht sich nach § 298 StGB. strafbar. Es liegt daher im eigenen Interesse jedes Hausbesitzers, Defen, Herde, Kamin und Heizapparate, rechtzeitig vor Beginn der kalten Winterzeit für die Instandhaltung und Erneuerung der Herde und Defen zu sorgen und hierdurch zur Erhaltung wichtiger volkswirtschaftlicher Werte beizutragen. Die Reparaturen und Erneuerungen werden kostenlos und der Beschäftigung gemäß ausgeführt von der alten Sozialistischen Komitee u. Nienberg 11-6, Berlin S. 14, Dresdenstr. 36-90.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater Geschlossen. Abonnements-Einladung für die Spielzeit 1931/32. Großer Preisabbau, wesentliche Verbesserung einzelner Platzgruppen durch Vorverlegung, sehr bequeme Zahlungsbedingungen.

Winter-Garten. 8.15 Uhr Flora 3434 Baden erlaubt. Barbetta! Hoflinger-Sextett, Bourlako-Gruppe, 2 Lenox, Les Turias, Conche-Franklyn.

Kurfirstendamm-Theater Bismarck 445-4. Die schöne Helena von Jacques Offenbach. Regie: Max Reinhardt. Theater des Westens Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. Volksvorstellungen.

William Klages im 69. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen stets dienstbefähigten und immer auf das Wohl der Versicherten bedachten Mitarbeiter, dessen Andenken wir dadurch ehren werden, daß wir an dem Ausbau der deutschen Sozialversicherung in seinem Sinne weiterarbeiten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin Todesanzeigen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloffer Erich Langner

KLEINE ANZEIGEN. Jedes Wort 12 Pf. Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 17 Uhr abends in der Hauptredaktion des Vorwärts, Lindenstraße 1, eingeleitet werden.

SCALA PLAZA. Das große Varieté-Programm mit Cabaret, Parle & Caricatur, Frey Sing, Musik, etc.

HAUS VATERLAND. Vergnügungs-Restaurant Berlins. BETRIEB KEMPKINSKI.

TRAUMLAND im SCHNITZ-SCHONHOLZ. Neue Attraktionen!

ESU Betten. Schladen, Hahnenberg, Kniebis, etc. Katalog frei, Eisen-Schreiberei Paul (Talia).

Gewinnauszug 5. Klasse 37. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten.

Musik-Instrumente. Einpianos, Mietpianos überaus preiswert, Pianofabrik Zint, Sonnenstraße 25.

ROSE-THEATER. Wochenl. 8 1/2 Sonntags 5 1/2 u. 9 Uhr. Uraufführung für Deutschland: Mädchen zum Heiraten Lustspiel v. Zagon.

Theater im Admiralspalast. Heute 7 1/2 Uhr: Premiere Roter Gastspiel Die Dubarry mit Gitta Alpar.

Reichshallen-Theater Lachen: „Alles verrückt!“ Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.

Bad Schmiedeberg Bezirk Halle a. S. Städtisches Eisenmoorbad. Seit über 30 Jahren hervorrangend bewährt bei Gicht, Rheuma, Frauenleiden usw.

5. Ziehungstag 14. August 1931. In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen.

Fahrräder. Schrambe, Rehräder, Motorräder, etc.

SPD., Abteilung 109 Friedrichshagen. Am Sonntag, dem 16. August 1931, im Kurpark in Friedrichshagen Volksfest. Programm: Konzert, Gesang, Sprechchor, Ansprache, Volkstänze, tumerische und artistische Darbietungen, Fackelzug.

NORDSEEBAD Gorderney Seewasser-Wellenschwimmbad 1931 neu eröffnet.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 10000, 6 zu je 7500, 8 zu je 5000, 26 zu je 2500, 152 zu je 1000, 402 zu je 500, 810 zu je 300, 2496 zu je 200, 4852 zu je 100, 8088 zu je 50, 24444 zu je 400 Mark.

Kaufgesuche. Rehräder, Motorräder, etc.

Ver-mietungen. Zimmer mit Altbau, etc.

Deutsche Schulen.

Eine Verfassungsfeier eigener Art.

Aus Friedenau wird uns geschrieben: Wie an allen preussischen Schulen fand auch am Friedenauer Gymnasium am Wandbühlplatz die Verfassungsfeier statt. Die Festrede bei dieser Feier hielt ein Studienrat Bogel, der es sich angelegen sein ließ, zur Erläuterung der Verfassungsfeier zunächst des längeren und breiteren über die frühere Kaiser-Geburtstagsfeier zu sprechen und dabei zu schildern, welcher großen Beliebtheit sich diese in den Schulen ihrer Zeit erfreut habe. Erst langsam leitete er über zu der Tatsache, daß wir jetzt eine republikanische Verfassung haben und dieses Tages am 11. August gedenken müssen. Vom Provinzialschulkollegium nahm Geheimrat Schmidt an der Veranstaltung teil. Dieser hatte nach Schluß der offiziellen Festrede in Form eines Wortes über Freiherrn vom Stein einem der Schüler eine Schulprämie zu überreichen. Er benutzte die Gelegenheit, die mißglückte Ansprache des Herrn Bogel unmerklich wieder einzurufen. Er wies darauf hin, daß die Nationalfeierstage republikanischer Staaten in allen Weltteilen sich zumeist mit der Verfassungsgebung der Staaten im Zusammenhang befinden, daß sie wirkliche Volksfeste darstellen, und daß die Mitwirkung des Volkes selbst in Monarchien wie England dauernd gesteigert werde. Als er in diesem Zusammenhange darauf zu sprechen kam, daß nach dem Zusammenbruch des Kaisertums im Jahre 1918 das Volk selbst seine Staatsform zu bestimmen hatte und sich so die Weimarer Verfassung schuf, begann das Schülerauditorium demonstrativ zu scharren, also seinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Vertreters der Schulbehörde ganz offen geltend zu machen. Direktor dieser Schule, die eine objektive Darstellung der tatsächlichen Vorgänge im Staatsleben nicht ertragen kann, ist der frühere deutschnationale Landtagsabgeordnete Pfug. Dieser hielt es nun nicht etwa für notwendig, seine Schüler wegen ihrer Ungezogenheit zu rügen. Dafür aber erklärte er vor versammelter Mannschaft dem Vertreter des Provinzialschulkollegiums, dieser habe wohl aus der bei seinen Worten entstehenden Unruhe entnommen, daß die Schüler mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen und er müsse hinzufügen, daß auch er, der Direktor, die Äußerungen des Oberschulrats nicht unterschreiben könne.

Das ganze nennt man dann im deutschnationalen Jargon: Wahrung der Staatsautorität! Aber ist das Provinzialschulkollegium mit dieser Abkanzelung seines Vertreters zufrieden?

Der Pfarrer und Stresemann.

Freispruch eines Schimpfpriesters.

Dresden, 14. August.

Vor dem Dresdener Schöffengericht stand der nationalsozialistische Pfarrer Krieger, der in einer öffentlichen Versammlung sich dreier Beschimpfungen von republikanischen Staatsmännern schuldig gemacht hatte. Unter anderem hatte er gegen Stresemann die Beschuldigung erhoben, daß er sich vom Auslande hätte bestechen lassen. Dafür habe er dann in Genf und Locarno dem internationalen Finanzkapital das deutsche Volk ausgeliefert. Die Äußerungen waren von einem Stadinerordneten in Radeberg unmittelbar mitgeschrieben worden. Trotzdem dieser Stadtverordnete vor Gericht den Wortlaut der Äußerungen vorlegte, sprach das Schöffengericht den Ratzpriester frei mit der Begründung, daß ein einzelner Zeuge zur Beurteilung nicht ausreicht. Die von dem Schimpfpastor geladenen Entlastungszeugen hatten selbstverständlich erklärt, daß solche Äußerungen nach ihrer Erinnerung nicht gefallen seien.

Das Gericht ist gegenüber dem halentzweiheiligen Schimpfapostel von einer geradezu unbegreiflichen Leichtgläubigkeit gewesen. Der Pastor, der zwar mit dem Halentzweiheiligen übereinstimmend mit der Bibel Bescheid weiß, wird sich bei dem Freispruch gefolgt haben: „Solchen Klauen habe ich in Israel nicht gefunden!“

Polizeiverstärkung für Jhehoe.

Die Folgen des Halentzweiheiligenüberfalls.

Jhehoe, 14. August.

Um den politischen Zusammenstoßen, die nun schon seit Tagen Jhehoe beunruhigen, ein Ende zu machen, ist jetzt die Zusammenziehung starker Polizeiträfte in der Stadt beschlossen worden. Aus Altona werden zwei Schnellkraftwagen mit Schutzpolizei nach Jhehoe beordert und außerdem wird Landjäger aus der Umgebung in der Stadt selbst stationiert werden. Da die Polizeiwache ungünstig liegt, will man die neu hinzugezogenen Kommissariate an den besonders exponierten Stellen einquartieren.

Wieder ein deutschnationaler Skandal.

Schwindel mit Einfuhrscheinen.

Stettin, 14. August. (Eigenbericht.)

Die Staatsanwaltschaft in Stettin beschäftigt sich zur Zeit mit skandalösen Vorkommnissen bei der Pommerischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft G. m. b. H. Dem Skandal liegen großzügige Schwindelaktionen mit Einfuhrscheinen zugrunde. Diese Scheine, die Exportprämien des Reichs darstellen und mit denen man der Landwirtschaft helfen will, wurden von den Beteiligten an Interessenten in Westdeutschland verschoben. Der Verdacht gegen eine Reihe von leitenden Personen bei der Genossenschaft hat sich derzeit verdichtet, daß die Stettiner Staatsanwaltschaft bereits Anklage auf Grund des Paragraphen 396 der Reichsabgabenordnung erhoben hat. Die Eröffnung des Hauptverfahrens steht bevor.

Der Staat soll bei diesen Schwindelmanövern um ganz bedeutende Summen geschädigt worden sein. Die Schwindler sind fast ausschließlich Anhänger des Dritten Reichs bzw. Nachfolger Hitlers und Jugenbergs.

Munitionsdepot in die Luft geflogen.

Hongkong, 14. August.

In Macao ist gestern ein Munitionsdepot in die Luft geflogen. Fünf Portugiesen und zwei Amerikaner wurden getötet und eine große Anzahl von Personen verletzt, darunter mehrere Kinder. Fast alle Häuser Macaos wurden beschädigt. Der Sachschaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Man vermutet, daß Selbstentzündung der lagernden Munition die Explosion verursacht hat.

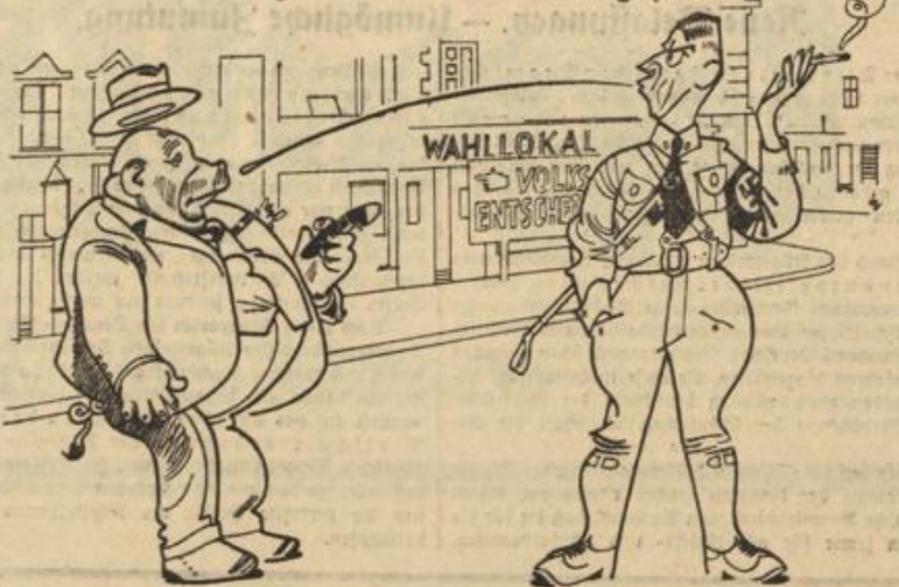
Fünf Millionen Pfund-Anleihe für Ungarn.

Budapest, 14. August.

Finanzminister Beheris teilte mit, daß er die telephonische Nachricht erhalten habe, daß der Vertrag über die ungarische Fünf-Millionen-Pfund-Anleihe unterzeichnet worden ist.

Der Dank vom Hause Hitler

an die Ja-Stimmer vom 9. August.



Angriff-Redakteur Dr. v. Leers: „Die nationalen Bürger haben sich beim Volksentscheid geschlagen wie die Säue.“

Völkischer Beobachter: „Die Landvolkspartei gilt es zu zertrümmern. Wer sich zu einer Schweinebande bekennt, ist eben ein Schwein.“

Zwischen Nil und Tigris.

Die Entwicklung im vorderen Orient.

Seit 1914 sind wir so in unser eigenes Schicksal verkrampft, so von unfreiem eigenen Unheil benommen, daß wir nur selten einen Blick dafür haben, was draußen in der Welt vorgeht. Von Staaten wie Irak, Transjordanien, Hedschas haben wir kaum den Namen je gehört, und von dem weltwichtigen Prozeß, den Hans Kohn in seinem eben erschienenen Buch „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient“ (Societäts-Verlag, Frankfurt a. M.) aufrollt, ist wenig mehr als ein schwacher Hauch zu uns gedrungen. Aber, Hand aufs Herz, auch vor 1914 brannten uns die Probleme dieser Völker nicht auf den Nägeln; sie fielen unter den Sammelbegriff der Untertanen des Padihschah in Konstantinopel, und der war, ob es sich auch um einen bluttriefenden Armenierschlächter wie Abdul Hamid handelte, ein treuer Bundesgenosse Wilhelms II., der Rest ging uns nichts an. Und was sollten wir jetzt von den sozialen, kulturellen und nationalen Verschiebungen zwischen Nil und Tigris groß wissen, da der Durchschnittsdeutsche des Jahres 1931 selbst von dem Nachbarland Frankreich ein wildes Zerrbild im jählichen Wahn trägt.

Das Buch Kohns füllt deshalb sozusagen einen weißen Fleck auf der Karte aus. Nicht nur stehen bei diesem gründlichen Kenner des Vorderen Orients Sachtunde, Urteilsvermögen und Darstellungskraft auf gleicher Höhe, sondern sein Werk ruht auch durchaus auf der uns vertrauten soziologischen Geschichtsbetrachtung. Wirtschaftliche Wandlungen sind ihm Voraussetzung für geistige Veränderungen, er gebraucht die von Friedrich Engels geprägte Bezeichnung „Geschichtslose Nation“, die Unterlegungen der „Autokratischen“ über die Nationalitätenfrage haben ihm manchen Baustein geliefert, und als Motto könnte dem Ganzen das Wort Otto Bauers dienen: „Das Erwachen der geschichtslosen Nation ist eine der zahllosen Erscheinungsformen der kapitalistischen Entwicklung.“ Hier handelt es sich um

das Erwachen der arabischen Nation.

so weit sie in den Ländern zwischen Nil und Tigris, also in Ägypten, Arabien, Syrien und Mesopotamien, siedelt. Vor einem Jahrhundert herrschte hier noch das unerschöpfliche Morgenland, bis in den Traum aus Tausendundeiner Nacht die modernen Verkehrswege einbrachen; der Suezkanal, die Bagdadbahn, die Hedschasbahn brachten an diese Gebiete die Wirtschaftsformen des Abendlandes heran. Aber erst die letzten Errungenschaften der Verkehrstechnik nach dem Weltkrieg haben wahrhaft revolutionierend gewirkt; auf den uralten Karawanenstraßen durch die Wüste bewegen sich Automobile in großer Zahl, und die Achse des transkontinentalen Flugzeugverkehrs beginnt im ägyptisch-arabischen Raum die Linie Kairo-Bagdad zu werden. Mit dem Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise in diese zurückgebliebenen Gauen entfaltet sich ein einheimisches Bürgertum, das sich rasch seiner Aufgabe bewußt wird und genau wie vor hundert Jahren in Europa durch seine Vorhut, die Bildungsschicht, die Lösung des Nationalismus und der Demokratie gegen die alte Zeit vertritt. Ohne daß die Kraft des Islam von heute auf morgen verschwände, lockert sich für eine ganze große Welt die Jahrhunderte währende religiöse Bindung, um einer neuen, einer nationalen Bindung Spielraum zu lassen. Ein junges arabisches Nationalbewußtsein ist zwischen Nil und Tigris im Werden, am stärksten in den Gebieten, die, wie Ägypten, von Landwirtschaft und Industrialisierung am meisten erfaßt sind, am schwächsten in Teilen wie Hedschas und Neidsch, die noch dem schweifenden Nomadentum der Wüste sehr nahe stehen. Das Nationale kompliziert sich überall durch ein soziales Problem, das im allgemeinen aus dem

Landhunger der beschloßen oder bodenarmen Bauernmasse

entpringt und in den fortgeschrittenen Gebieten auch schon als Arbeiterfrage austritt. Aber nationaler und sozialer Befreiungsdrang erscheinen als zwei Seiten ein und derselben Bewegung; arabische Bauern und Arbeiter geben dem Kampf der Intelligenz erst die rechte Stoßkraft.

Dieser Kampf richtet sich nicht nur gegen die einheimische Adels- und Priesterkaste, sondern mehr noch gegen den europäischen Imperialismus, der beim Zerfall des osmanischen Reichs am Ausgang des Weltkrieges hier festen Fuß gefaßt hat. Während Ägypten 1922 die Erklärung seiner Unabhängigkeit erlebte, um gleichwohl unter britischem Einfluß zu bleiben, schufen die Gebiete Europas, Palästina, Irak, Transjordanien, Hedschas, Jemen als englische Vasallenstaaten, und Frankreich setzte sich in seinem Mandatsgebiet Syrien wie in einer Kolonie fest. Aber London wie Paris hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In den letzten zehn Jahren warf das arabische Nationalgefühl unausgesetzt Blasen; eine Revolution im Irak

mußten die Engländer durch Fliegerbomben „beruhigen“; der Zustand in Syrien kostete die Franzosen beträchtliche Opfer an Gut und Blut; die religiös fanatischen Wahabiten trugen ihre grüne Fahne ohne Rücksicht auf Wünsche und Beschlüsse europäischer Konferenzen bis nach Mekka und ans Rote Meer. Dank dieser Bewegung, aber auch dank der einsichtigen Politik der Londoner Arbeiterregierung

sieht heute der Vorderer Orient ganz anders aus.

als es sich 1918/19 die Sieger im Weltkrieg beim Verteilen der Beute träumen ließen. Ägypten, Transjordanien, Irak, Syrien sind mehr oder minder unabhängige Staaten mit eigenen Verfassungen und Parlamenten, und eine trotzig Selbständigkeit bewahren auch die Wüstenstaaten Hedschas und Jemen. Das Irak wird sogar, ein bedeutungsvoller Schritt, im nächsten Jahr als vollgültiges Mitglied in den Völkerbund aufgenommen werden.

Nach sind die sozialen, kulturellen und politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen erheblich; hier noch Sippverfassung der Urzeit, dort schon moderner Sozialismus, hier schon Arbeiterschutzgesetze des zwanzigsten Jahrhunderts, dort noch Bestrafung des Diebes durch Handabhacken und des Einbrechers mit dem Tod! Aber das Gefühl der arabischen Einheit zieht weiter seine Kreise. Der gestaltwandelnde Prozeß, den Hans Kohn beschreibt, ist nur ein erster Anfang. König Feisal von Irak erklärte schon 1923 dem britischen hohen Kommissar ins Gesicht, „daß die Araber nichts Geringeres annehmen werden als die Einheit aller arabischen Länder“, zu denen, wohlverstanden, auch das französische Nordafrika zählt, und bereits im April 1927 sah Kairo eine gewaltige Kundgebung der arabischen Einheit vom Jemen zum Libanon, vom Irak bis Marokko! Hermann Wendel.

Britische Sanierung.

Arbeiterregierung für Kapitalertragssteuer.

London, 14. August. (Eigenbericht.)

Die grundlegende Idee der britischen Arbeiterregierung zum Ausgleich des Staatshaushalts ist, die Bezüge von Einkommen aus festverzinslichen Papieren, also die Ruhezinsen der Steigerung des Geldwertes, heranzuziehen. Führende Bankiers haben der Einführung einer besonderen Kapitalertragssteuer unter Umständen nur für begrenzte Zeit zugestimmt. Die Verhandlungen der Minister über diese Probleme wurden am Donnerstag unter Hinzuziehung der Führer der Opposition fortgesetzt.

Der konservative Führer Baldwin ist unerwartet nach London zurückgekehrt und hatte mit MacDonald eine längere Besprechung. Der liberale Führer und Vertreter Lloyd Georges, Herbert Samuel, ist ebenfalls nach London zurückgekehrt. Die Konservativen sind vor allem für einen 10prozentigen Finanzzoll auf die gesamte Einfuhr. Die Pläne, für die sich die Regierung schließlich entscheiden wird, sind dem vielleicht schon in der nächsten Woche einberufenen Parlament vorzulegen.

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, der durch die Bearbeitung der Vorschläge zur Bereinigung des Budgets überanstrengt war, hat einen gesundheitlichen Zusammenbruch erlitten und wird sich in den nächsten Tagen von den Geschäften zurückziehen.

Woldemaras mit langem Haar.

Dreitägiger Urlaub aus der Verbannung.

Konno, 14. August.

Am Donnerstag und im Laufe der Nacht zum Freitag hat die litauische Geheimpolizei mehrere Personen, darunter den im Woldemaras-Prozeß mitangeklagten ehemaligen Schriftleiter und Führer des verbotenen „Eisernen Wolf“, Steforsaitis, der bis zum Prozeß gegen Sicherheitsleistung enthaftet war, verhaftet. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, erfolgte diese Verhaftung im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer Verschwörung, die das Ziel hatte, Woldemaras bei seiner gestrigen Ankunft in Konno erneut zum Diktator auszurufen.

Woldemaras, der am Donnerstagabend mit einem dreitägigen Urlaub aus der Verbannung unter starker Bewachung in Konno eintraf, sieht kränklich und sehr gealtert aus. Er zeigte sich in abgetragener Kleidung, unrasiert und mit bis auf den Schultern herabhängendem Haar. Er hat die Pressephotographen, in Betracht seines verwitterten Aussehens vorläufig von Aufnahmen abgesehen.

ADB. zur Gemeindefinanzierung.

Neue Belastungen. — Unmögliche Zumutung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 14. August zu dem „Selbsthilfeprogramm der deutschen Städte“ Stellung genommen und zunächst sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es der Deutsche Städtetag, die Zusammenfassung der deutschen Großstädte, nach Arbeitgeberart nicht für notwendig gehalten hat, sich vor Herausgabe eines solchen Programms mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verständigen.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bedauert, daß die Finanzpolitik des Reiches auf die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Gemeinden keine Rücksicht genommen hat. Die freigewerkschaftlichen Beamtenverbände haben in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund schon beizzeiten auf die schweren Gefahren hingewiesen, die diese finanzielle Reichspolitik zur Folge haben muß, nämlich den Ruin der Gemeindefinanzen und die Vernichtung der öffentlichen Wirtschaft der Gemeinden.

Dhne im einzelnen auf die allgemein kommunalpolitischen Fragen des Selbsthilfeprogramms der deutschen Städte einzugehen, bringt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zum Ausdruck, daß die für die Gemeindebediensteten sowie für alle Reichs- und Länderbeamten,

angestellten und -arbeiter vorgeschlagenen neuen Belastungen eine unmögliche Zumutung darstellt. Durch das Versprechen einer Preissenkung, das ja auch von der Reichsregierung wiederholt gegeben, aber nicht erfüllt worden ist, können die Pläne des Städtetages den in Frage kommenden Arbeitnehmern nicht schmachhaft gemacht werden. Eine Gesundung der deutschen Gemeinden kann nur auf Grund der vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wiederholt aufgestellten Forderungen erreicht werden. Die Vorschläge des Städtetages, eng verknüpft mit den Plänen der hochkapitalistischen Wirtschaftskreise, werden die Notlage des deutschen Volkes nicht mildern, sondern nur weiter verschärfen.

Auch dieses Programm des Deutschen Städtetages veranlaßt den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die Beamten mit größtem Nachdruck auf die Ursachen der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage des deutschen Volkes hinzuweisen, nämlich auf das völlige Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert die freigewerkschaftlichen Beamten auf, alles zu tun, um ihre Kollegen auf diese Ursachen aufzuklären und die verfehlte Politik des Kapitalismus auf das schärfste zu bekämpfen.

Ein Internationales Jahrbuch.

Ein Nachschlagewerk für Sozialpolitik und Wirtschaft.

Wer bisher sich über den Stand der Sozialgesetzgebung, über die Löhne, die Produktion, die Lebenshaltungskosten, die Gewerkschaften usw. in den verschiedenen Ländern informieren wollte, der war gezwungen, sich mühselig sein Material aus verschiedenen Veröffentlichungen zusammenzusuchen. Diesem Uebelstand hat nunmehr das Internationale Arbeitsamt abgeholfen. Es ist soeben die erste Ausgabe eines Internationalen Jahrbuches der Sozialpolitik, das das Jahr 1930 umfaßt, erschienen*).

Der Inhalt des 580 Seiten starken Werkes, das mit einer großen Anzahl von Tabellen und graphischen Darstellungen versehen ist, greift jedoch weiter, als der Titel zunächst anzudeuten scheint. Das Jahrbuch enthält nicht nur einen Einblick in die internationale Arbeitsorganisation, ihren Aufbau und ihre Tätigkeit. Es gibt einen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt, über die Unternehmerverbände, die Genossenschaften, wie überhaupt über alle Institutionen und Verbindungen, die dem Internationalen Arbeitsamt oder dem Völkerbund nahestehen. Das Jahrbuch gibt Aufschluß über die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts, sowie über die Durchführung der internationalen Übereinkommen.

Dies alles ist aber sozusagen nur die Einleitung. Das Jahrbuch enthält statistische Übersichten über die Groß- und Kleinhandelsfragen, die Gold- und Silberproduktion, den Rotenumlauf, die Währungsturse, über Kapitalemmissionen, die Kurse der Dividendenpapiere, über die Produktion und den Handel, über Gewinne und Löhne, über internationale Industrievereinbarungen (Kartelle und Trusts). Es folgt dann ein eingehender Überblick über den Stand der Sozialgesetzgebung in den verschiedenen Ländern, der außerordentlich interessant und aufschlußreich ist. Eine umfangreiche tabellarische Übersicht über die Arbeitslosigkeit folgt, sowie eine Darstellung der Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitslosen in verschiedenen Ländern. Ein Kapitel behandelt den Sonderstatus einzelner Arbeitergruppen (Seefahrer, Binnenschiffer, Fischer und Luftschiffahrt, Landarbeiter, geistige Arbeiter, Eingeborenenarbeiter).

Das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik enthält noch eine Fülle von Informationen. Teilweise handelt es sich dabei um kurze Mitteilungen, die unzureichend sind, teilweise um ausgezeichnetes statistisches Material. Ein großer Teil des Materials war bisher in den Jahresberichten des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes enthalten. Diese Jahresberichte haben den Nachteil, in einem unhandlichen Format zu erscheinen und außerdem war dort das statistische Material nicht übersichtlich geordnet. Das Jahrbuch beseitigt diese Mängel und ergänzt die Informationen durch statistisches Material.

Das Jahrbuch ist jetzt schon in seiner ersten Ausgabe ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk, das für jeden, der sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen hat, unentbehrlich werden wird. Es ist zu begrüßen, daß das Internationale Arbeitsamt mit der Veröffentlichung des Jahrbuches die ungeheure Menge an Informationen und statistischem Material, die bei ihm zusammenläuft, in einer handlichen Ausgabe der Öffentlichkeit zugänglich macht.

J.-S.-J.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Schein und Wirklichkeit.

Die Bestrebungen zur systematischen Organisierung des Arbeitsmarktes sind in Frankreich noch neueren Datums. Dieser Umstand darf nicht ausschließlich auf Nachlässigkeiten oder mangelndes Interesse der Behörden zurückgeführt werden, sondern ist zu einem großen Teile darin begründet, daß sich der Franzose nur ungern „statistisch erfassen“ läßt. Diese Eigenschaft, bei der ein gewisser persönlicher Stolz nicht unbeteiligt sein mag, macht sich besonders dann geltend, wenn es sich darum handelt, soziales Unglück oder Elend — wie z. B. die Arbeitslosigkeit — zahlenmäßig festzustellen. Deshalb auch der große Unterschied zwischen der Zahl der unterstützten — also angemeldeten — und der nicht unterstützten Arbeitslosen.

Als sich in Europa die ersten Zeichen der heranwachsenden Wirtschaftskrise geltend machten, setzte sich der französische Gewerkschaftsbund unverzüglich für behördliche Vorsorgemaßnahmen ein: er verlangte insbesondere die Bildung von staatlichen Arbeitslosenstellen. Die Zahl dieser in den verschiedenen Departementen gegründeten öffentlichen Kasernen beläuft sich heute immerhin auf mehr als 1000; die Ziffer der unterstützten Arbeitslosen erreichte Mitte Juli 35 000. (Daron entfallen allein auf das Departement Seine 23 620 Arbeitslose, gegen 538 im Vorjahre.)

Welches ist jedoch die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen? Noch zu Beginn der Sommermonate betrug die Gesamtzahl der Erwerbslosen schätzungsweise 250 000 und jene der Kurzarbeiter etwa eine Million. Da die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen noch Mitte Juli — also mitten im Sommer — eine steigende Tendenz aufwies, darf man annehmen, daß die wirkliche Zahl der Vollarbeitslosen auch heute noch 200 000 übersteigt.

Eine Gelegenheit zu zuverlässigen Feststellungen auf begrenztem Gebiete gibt eine vom Arbeitsministerium unternommene Erhebung

über die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in Unternehmen mit mehr als 100 Arbeitern. Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß am 1. Juni d. J. in 8415 erfaßten Unternehmen 2 647 563 Arbeiter beschäftigt waren, gegen 2 831 394 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten beträgt somit allein in diesen Unternehmen 183 831, wobei angenommen werden darf, daß ein großer Teil dieser Arbeiter heute erwerbslos ist.

Was das Los der Kurzarbeiter betrifft, so ist bereits am 10. März ein Dekret zur Annahme gelangt, auf Grund dessen alle von Departementen, Gemeinden, Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen, Hilfsvereinigungen usw. gegründeten Arbeitslosenstellen für die Unterbringung jener Arbeiter, die weniger als 32 Stunden die Woche beim gleichen Unternehmer beschäftigt sind, unterstützungsberechtigt werden. Leider ist trotz dieser Verordnung auf diesem Gebiete bis jetzt wenig geschehen. Die Regierung weist darauf hin, daß die Durchführung solcher Spezialmaßnahmen auch in anderen Ländern viel Zeit erforderte; die Gewerkschaften erwidern, daß auf alle Fälle in diesen Ländern (z. B. Deutschland und Polen) zur Zeit für die Kurzarbeiter gesorgt sei und auch Frankreich das nötige sofort veranlassen müsse.

Die Prüfung der Arbeitszeit der von obengenannter Erhebung erfaßten Arbeiter ergibt folgendes Bild: 69,72 Proz. dieser 2,6 Millionen Arbeiter arbeiteten am 1. Juni d. J. 48 und mehr Stunden pro Woche (96,8 Proz. im Vorjahre), 17,53 Proz. arbeiteten mehr als 40 Stunden und weniger als 48 Stunden (2,46 Proz. im Jahre 1930), 6,89 Proz. arbeiteten nur 40 Stunden (0,40 Proz. im Jahre 1930), 5,10 Proz. arbeiteten mehr als 32 Stunden und weniger als 40 Stunden (0,16 Proz. im Vorjahre) und 0,68 Proz. arbeiteten nur 32 Stunden (0,06 Proz. im Jahre 1930).

Rund 30 Proz. der Arbeiter waren also Kurzarbeiter. Wenn man diese umrechnet in Vollarbeitslose und für drei Kurzarbeiter einen Vollarbeitslosen setzt, so macht das allein schon 10 Proz. Arbeitslose. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Kurzarbeiter die der Arbeitslosen weit überwiegt. Das ist vor allem auf die größere soziale und wirtschaftliche Einsicht der Unternehmer zurückzuführen. In Deutschland dagegen, mit seiner katastrophalen Arbeitslosigkeit, sträubten sich die Unternehmer mit Händen und Füßen gegen die 40-Stunden-Woche.

Lohnabbau der Weisheit letzter Schluss.

Wieder einmal die Zigarrenfabrikanten.

Die Zigarrenfabrikanten strapazieren sich wieder einmal in Lohnrunder. Da die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen für allgemeinverbindlich erklärt und unabdingbar sind, veranlassen sie ihr Personal — so z. B. neuerdings die Firmen E. B. Gerste in Böhrling und Rinn u. Cloos in Heuchelheim bei Gießen, beim Deutschen Tabakarbeiterverband eine Herabsetzung der Ortszuschläge zu beantragen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband wird selbstverständlich nichts unversucht lassen, um eine Umgehung oder Durchbrechung der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Die Zigarrenfabrikanten sind wieder einmal dabei, die ohnehin schon große Not der Tabakarbeiter auszunutzen.

Am 7. August tritt in Stockholm der 10. Internationale Tabakarbeiterkongreß zusammen. Die Internationale der Tabakarbeiter umfaßt Ende 1930 in den angeschlossenen Länderorganisationen 122 031 Mitglieder; davon sind 90 696 Frauen.

Das unsinnige Stempeln.

Bernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.

Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben: Nicht mit Unrecht schimpfen die meisten Arbeitslosen über das unnötige Stempeln. Gedacht war ursprünglich der Stempel als Kontrolle für den unterstützten Arbeitslosen. Der Stempel ist der Ausweis, daß der Arbeitslose sich vergeblich um Arbeit bemüht und somit der Forderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinsichtlich der Arbeitswilligkeit Genüge getan hat.

Der Gedanke der Kontrolle war gut zu einer Zeit, als es noch hinreichend Arbeitsvermittlungsmöglichkeiten gab. Aber heute? Heute belästigt sie unnötig den Arbeitslosen und den Staat.

Nirgends treibt der Radikalismus stärkere Blüten als da, wo das Elend sich sammelt. Die Polizei bemüht sich in diesen schweren Zeiten, Massenansammlungen der Notleidenden zu verhindern. Die Arbeitsämter treiben allwöchentlich vier Millionen Arbeitslose auf 360 Arbeitsämter zweimal zusammen, um einer Pflicht zu genügen, die nur noch auf dem Papier als solche anerkannt werden kann. Aus staatspolitischer Klugheit heraus schon müßten diese Massenansammlungen unterbleiben.

Der Arbeitslose selber leidet unter dieser Pflicht, die unsinnig ist. 4 Millionen Menschen müssen sich wöchentlich zweimal „um Arbeit bemühen“, obwohl kaum für 4000 Arbeit vorhanden ist. Ein Teil der 4 Millionen muß zweimal wöchentlich bis zu 60 Kilometer über Land ohne jede Rücksicht auf die Bitterung marschieren, um „stempeln“ zu können. Ja, es gibt Landbewohner, die von ihrem Recht auf Arbeitslosenversicherung nicht Gebrauch machen, weil sie

das für herartig weisse Wege notwendige Fahrrad nicht besitzen. Stiefel- und Kleiderabnutzung dürfen sich die Landbewohner genau so wenig berechnen, wie die Großstädter, wo die Entfernungen wohl nicht ganz so groß, aber desto ermüdender und anstrengender sind. Wie oft müssen aber die großstädtischen Arbeitslosen teure Verkehrsmittel benutzen, weil trotz Ueberweisungen zu lokalen Stempelstellen der Weg immer noch reichlich weit ist und die Kleidung besonders bei schlechter Bitterung den Besitzer nicht mehr vor Regen oder Schnee schützen würde.

Bei mittleren und kleinen Städten mögen diese Beschwerden nicht so erheblich ins Gewicht fallen. Für die ländliche und großstädtische Bevölkerung muß aber ein Weg gefunden werden, der Arbeitslosen Unkosten für Fahr- und Zehrgelder sowie für Kleidungsabnutzung erspart.

Die Arbeitslosen gehen stempeln, weil ihnen sonst für jeden fehlenden Stempel Geldabzüge gemacht werden. Sie wissen aber genau, daß sie trotz allen Stempeln vorläufig doch nie an eine Arbeitsvermittlung denken können.

Für die gegenwärtig wirklich freierwerbenden Stellen würde es genügen, wenn die Arbeitsämter 10 Proz. der Arbeitslosen zum Stempeln bestellen. Mehr Auswahl braucht kein Unternehmer.

Das Stempeln an sich ist auch bestimmt keine Kontrolle gegen Schwarzarbeit, denn wer neben dem Unterstützungsbezug arbeiten will, findet dazu in der Großstadt noch Zeit genug.

Will aber die Reichsanstalt auf die Stempelkontrolle nicht verzichten, so soll ihre sonst so überflüssige Bürokratie andere Mittel und Wege suchen, die auf den Staat und die Arbeitslosen genügend Rücksicht nehmen. Der Arbeitslose ist ein Staatsbürger wie jeder andere und kann genau so Rücksichtnahme verlangen wie jeder Steuerzahler, denn an seiner Arbeitslosigkeit trägt er keine Schuld.

Der Konflikt der Möbeltransporteure.

Doch zweiter Lohnabbau?

Im Berliner Möbeltransportergewerbe, wo von den Unternehmern gleichfalls das Lohnabbauverbot gekündigt worden war, fanden am Donnerstag Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau von 16 1/2 Proz. gefordert, sowie den Abbau der Zuschläge für besonders schwere Transporte, wie z. B. der Zuschläge bei Gelbfracht- und Maschinentransporten, Geschäfts- und Robritungszügen usw. Als „Ausgleich“ für diesen Lohnabbau soll das Metzergeld wieder eingeführt werden, das aber nicht etwa von den Speditionen, sondern von der Kundschaft gezahlt werden muß. Es sollte also ein teilweiser Lohnausgleich auf Kosten der Umziehenden erfolgen, vom Unternehmerstandpunkt aus eine gar nicht so üble Idee.

Zur Verkündung eines Schiedspruches kam es in den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß nicht. Die Schlichtungskammer machte den Parteien vielmehr einen Vorschlag, über den noch in direkte Verhandlungen eingetreten werden soll. Dieser Vorschlag sieht in zwei Etappen einen Abbau der Wochenlöhne um insgesamt 8 Proz. vor. Als „Ausgleich“ dafür sollen die Möbeltransportarbeiter ein Metzergeld von 1 Mark pro Wagenmeter erhalten, so daß bei einer Kolonne von vier Mann, die im Durchschnitt pro Tag acht Wagenmeter Möbel umziehen, 8 Mark tarifmäßiges Trinkgeld von der Kundschaft zu zahlen wäre, mithin der einzelne Arbeiter 2 Mark tarifmäßiges Trinkgeld erhalten würde. Bei den nichtständigen Arbeitern soll der Tagelohn jedoch um etwa 16 Proz. gekürzt werden.

Ob die Verhandlungen über diesen Vorschlag der Schlichtungskammer zu einer Verständigung führen werden, erscheint sehr fraglich, zumal auch in diesem Gewerbe im Frühjahr bereits ein Abbau der Löhne um etwa 7 1/2 Proz. erfolgt ist. Für den Fall, daß eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kommt, hat sich der Schlichtungsausschuß die endgültige Entscheidung durch die Verkündung eines Schiedspruches vorbehalten.

Schlichtungsausschuß für zweiten Lohnabbau.

Schiedspruch im Speditionsgewerbe.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, hatte der Verband Berliner Speditioneure dem Gesamtverband das Lohnabbauverbot und den Manteltarifvertrag für die Arbeiter des Speditionsgewerbes gekündigt und neben Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eine Herabsetzung der Löhne um 10 Proz. gefordert.

Infolge der starken Gegenläufe kam es nicht zu Parteiverhandlungen. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuß an, der jetzt einen Schiedspruch gefaßt hat, wonach die Löhne im Berliner Speditionsgewerbe ab 15. August um 4 Proz. gesenkt werden sollen. Der Vertrag soll bis zum 30. Oktober d. J. gelten. Der Manteltarifvertrag ist durch den Schiedspruch unverändert bis zum gleichen Tage verlängert worden.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses vertrat ebenso wie die Unternehmer des Speditionsgewerbes die Ansicht, daß eine längere tarifvertragliche Bindung im Augenblick nicht eingegangen werden könne, da die Verhandlungen wegen des Abkommens der Firma Schenker u. Co. mit der Reichsbahn über den sogenannten Schenker-Vertrag noch nicht abgeschlossen sind, von dem Abschluß dieses Vertrages jedoch die weitere Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Speditionsgewerbe abhängig sei.

Die Lohnkommission der Speditioneure und der Gesamtverband haben den Schiedspruch abgelehnt, vor allem aus dem Grunde, weil schon zu Anfang d. J. ein Abbau der Löhne um rund 5 Proz. erfolgt ist. Im Einvernehmen mit der Organisationsleitung hat die Lohnkommission beschlossen, über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches in den Speditionsbetrieben eine Urabstimmung vorzunehmen. Am Dienstag werden die Funktionäre der Branche je nach dem Resultat der Abstimmung die weiteren Beschlüsse fassen.

Bessere Beschäftigung bei Opel.

Die Opelwerke in Rüsselsheim haben die kürzlich angekündigte Dreitagewoche angesichts der gebesserten Exportlage um einen Arbeitstag vermehrt. Die Werkleitung hofft, in einiger Zeit die Belegschaft wieder voll beschäftigen zu können, da ihr neuer Opeltyp ein Schlager auf dem Weltmarkt zu werden verspricht. Der Wagen ist ein Vierfüßler, 1,2-Liter-Typ, zum Preise von 2500 M.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler im Freien ab 19 Jhr auf dem Sportplatz Humboldtstr. und im Schillerpark.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altinghölter; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Religion: Dr. John Schütowski; Volkes und Konfession: Felix Herpelt; Anzeigen: Ed. Glöckler; ähnlich in Berlin: Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. B. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. B. H., Lindenstraße 5, Seite 2. Belaga.

* Brochüriert 10 Mark, gebunden 12 Mark. Zu beziehen in Deutschland durch das Zweigamt des A.D.B., Berlin A.D.B. 40, Scharnhorststraße 35.